

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker  
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rübensdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rübensdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne  
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband  
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 36.

Berlin, den 5. September 1909.

10. Jahrgang.

1899 • 1909

**W**eit überstrahlt das Morgenrot  
Den jungen Tag, der aufgestiegen,  
Und küßt die frische Blütenpracht  
Und Sprossen, die im Tau sich wiegen.  
So lebensfroh, so voller Kraft  
Beginnt nun alles sich zu regen  
Und lacht der Sonne, die das Licht  
Vorangesandt, beglückt entgegen.

So stieg nach langer Zeit empor  
Für uns auch solch ein lichter Morgen  
Und weckte junge Blütenpracht,  
Die längst schon lag in uns verborgen.  
Nun grünt und blüht es überall,  
Schon grüßt der reiche Erntesege,  
Lacht uns nur frohgemut, vereint  
Die arbeitsfleiß'gen Hände regen.

Kein war vereint die tapf're Schar,  
Die froh mit uns das Werk begonnen;  
Doch haben wir in dieser Zeit  
Das Siebzigfache schon gewonnen.  
Und dies seitdem der Jahre zehn  
Erst sind ins Meer der Zeit entschwunden;  
Daraus ersieht man sonnenklar,  
Daß wir den rechten Weg gefunden.

Auf diesem Weg nun gilt's, voran,  
Vereint mit aller Kraft zu streben,  
Damit wir unsren Bauberuf  
Materiell noch höher heben.  
Erklimmen wollen wir den Weg  
Zur Höhe und zum Daseinslichte,  
Damit Kultur und Fortschrittsmacht  
An uns nicht gehe gar zunichte.

Nicht losgelöst von Recht und Pflicht,  
Nein, nur auf christlich ernsten Bahnen  
Geht unser Weg zu unsrem Ziel,  
Wie wir's geerbt von unsren Ahnen.  
Mit Gott für Thron und den Altar  
Und unsren Stand dabei zu heben,  
Das ist's, was wir mit voller Kraft  
Im Bauhandwerk vereint erstreben.

Die Arbeit adelt jedermann,  
Und wer sie tut mit frohen Mienen  
Der wird gewiß in jeder Zeit  
Dem ganzen großen Volkswahl-dienen.  
Auch da, wenn einmal Not am Mann.  
Er muß das mit Gewalt erzwingen,  
Was ihm nicht wollte durch das Recht  
Zum allgemeinen Wohl gelingen.

Es gab der Kämpfe viel und heiß,  
Und Opfer auch mit Geld verbunden,  
Bis wir erreicht, was uns gebührt  
In schweren, arbeitsreichen Stunden.  
Acht-hundert sind es an der Zahl,  
Der Lohnbewegungen vor allen,  
Die wir geführt und die zumeist  
Zu unsrem Wohl sind ausgefallen.

Auch wenn es galt, die bittere Not  
Zu mildern, ist es uns gelungen,  
Zu heben den, der mit uns treu  
Um gleiche Ziele hat gerungen.  
Ob Krankheit legte lahm die Hand,  
Ob uns der Streik vergällt das Leben,  
Ob uns der Tod ein Mitglied nahm,  
Stets waren wir bereit zu geben.

So sind wir in dem Baugewerk  
Und die verwandten Bauberufe  
Emporgestiegen Jahr für Jahr  
Bereits zu einer hohen Stufe;  
Doch ist das Ziel noch nicht erreicht,  
Wir müssen immer weiterstreben,  
Um uns durch eigne Willenskraft  
Zum Höchsten sich emporzuheben.

Wie es bereits auch ist geschehen,  
Durch Bildung edler Geistesgaben,  
Das Selbstbewußtsein, Selbstvertrauen,  
Zu wecken, das wir in uns haben,  
So müssen wir, ein jeder Mann,  
Den Werbegeist in uns beleben,  
Ein jeder muß, soviel er kann,  
Am Kettenwebstuhl weiter weben.

Der Tag der Ernte ist so nah,  
Es wird, es muß uns noch gelingen,  
Mit Gott, für Freiheit und für Recht,  
Die Sache auch zum Sieg zu bringen.  
Es stehen viele uns noch fern,  
Die gerne mit uns kämpfen, streiten,  
Und denen müssen wir den Weg  
Zu uns, durch Wort und Tat bereiten.

Dann werden wir in nächster Zeit  
Erstarken, wie's bisher geschehen,  
Und überall im Deutschen Reich  
Sieht man dann unsre Fahne wehen.  
Für uns zum Wohl, dem Land zum Heil,  
Der Völkerschaft zum reichen Segen,  
Solang wir einig, einig sind  
Und arbeitsfroh die Hände regen.

Dann strahlt auch uns das Morgenro.  
Und leuchtet unsrem Tag entgegen,  
In dem wir froh und hoffnungsreich  
Erwarten unsren Erntesege.  
Voll Mut und Kraft, der Not zur Wehr,  
Die Arbeitslust neu zu beleben,  
So soll sich immer fort und fort,  
Auch unsre Bau-Gewerkschaft heben.

Bruno Stephan.

# Von 1899 bis 1909.

Am 31. August d. J. sind zehn Jahre verflossen, seitdem die Sektion der Bauarbeiter des Berliner Arbeiter-Schutz-Vereins beschlossen hat, den Zentralverband christlicher Maurer und verwandter Berufe zu gründen. Diesen Namen führte nämlich unser Verband bis zur zweiten Generalversammlung, welche 1903 in Essen tagte. Der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands kann also sein erstes Jubiläum feiern; er hat eine zehnjährige Tätigkeit hinter sich. Angesichts dieser Tatsache ist es angebracht, einen kurzen Rückblick auf seine Entstehung, seine Tätigkeit und Erfolge zu werfen, zumal da 80 bis 90 Prozent der heutigen Mitglieder in den ersten Verbandsjahren noch abseits standen.

Als in den neunziger Jahren die christliche Gewerkschaftsbewegung einsetzte, war der Gewerkschaftsgedanke nichts Neues mehr; die sozialdemokratische und Christlich-Sozialistische Gewerkschaftsbewegung hatte schon eine zwanzigjährige Vergangenheit hinter sich. Allerdings so geläufig und populär wie heute war er noch nicht. Im Christlich-Sozialistischen Lager war man von einer tatkräftigen wirtschaftlichen Interessenvertretung weit entfernt und hatte das Hauptgewicht auf Unterstützungseinrichtungen gelegt. In den „freien“ Gewerkschaften überwogen die politischen die gewerkschaftlichen Bestrebungen, weil man sich vom politischen Machtkampf mehr versprach, als von der gewerkschaftlichen Arbeit. Im christlichen Lager war das Hauptaugenmerk auf den Kulturkampf gerichtet, weniger auf die wirtschaftliche Entwicklung und die sich daraus ergebenden neuen Aufgaben.

Nach und nach war man aber doch auf die Umwälzung in unserer Volkswirtschaft und die mißliche Lage des stark anwachsenden Arbeiterstandes aufmerksam geworden. Ende der achtziger, besonders aber in den neunziger Jahren setzte eine starke konfessionelle Arbeitervereinsbewegung ein, mit der man glaubte auch die wirtschaftliche Lage der Arbeiter heben zu können. Die strebsamen Mitglieder dieser Vereine sahen aber bald ein, daß zur wirtschaftlichen Interessensvertretung den Unternehmern gegenüber Berufsorganisationen geschaffen werden müssen. So entstanden einige lokale Berufsverbände und viele „Arbeiter-Schutzvereine“, die sich fast ausschließlich auf interkonfessionellen Standpunkt stellten und die Arbeiter gegen Übergriffe der Arbeitgeber schützen wollten. Der Gewerkschaftsgedanke in seiner heutigen Reinheit war noch nicht erkannt, man war aber im Suchen nach einer Organisationsform; der erste Schritt war getan. In Berlin, von wo unser Verband seinen Ausgang nahm, hatte Mitte der neunziger Jahre eine starke katholische Arbeitervereinsbewegung eingesetzt, welche zu dem internationalen Arbeiterkongress in Zürich mehrere Delegierte entsandte. Unter diesen auch den Tüchtler Paul Weigel. Dieser hatte sich in Zürich mit einigen Leitern von Arbeiterschutzbereinen bekannt gemacht, von deren Organisationen er erfahren und wohl auch noch andere gewerkschaftliche Anregungen erhalten. Zurückgekehrt, unternahm er bereits im Oktober 1897 einen Versuch, eine gewerkschaftliche Organisation auf christlicher Grundlage mit Hilfe der katholischen Arbeitervereine zu gründen, was aber durch Weigel a. D. von Savigny vereitelt wurde. Als dann am 2. Januar 1898 in einer Ausschussung drei Arbeitervereinsmitglieder, die auf einem Bau in der Embdener Straße in den sozialdemokratischen Maurerverband eingetreten werden sollten, Schutz gegen den sozialdemokratischen Terrorismus verlangten, benutzte Weigel die Gelegenheit, wiederum auf Gründung von christlichen Berufsvereinen zu drängen. Er hatte Erfolg. Noch in derselben Sitzung wurde ein Verein „Arbeiterschutzbund“, dem von 22 Anwesenden sofort 21 als Mitglieder beitraten. Im Februar 1898 wurde dann die Sektion der Bauarbeiter gegründet, welche der Grundstock für unseren Verband geworden ist.

Der Gedanke der christlichen Berufsorganisation fand nämlich überall, besonders im Süden und Westen Deutschlands, Boden, und so kam Pfingsten 1899 der erste Kongress der christlichen Gewerkschaften zustande, der diesen ein Programm gab und sich für Zentralverbände aussprach. Diesem Kongress wohnte auch Paul Weigel, der Gründer und Vorsitzende des Berliner Vereins „Arbeiterschutzbund“ bei und brachte die Anregung zur Gründung unseres Verbandes mit. Mit dem Vorsitzenden der Sektion der Bauarbeiter arbeitete er dann das erste Statut des Verbandes aus. Zur offiziellen Gründung kam es aber erst Ende August, nachdem sich die Wogen der Bauarbeiterunruhen in Berlin etwas gelähmt hatten. Schon vor der Gründung waren einige Verwaltungsstellen in den Lande gegründet worden. So in Bielefeld, Arnsberg, Dieburg in Hessen, Dortmund. Der Verband trat mit ungefähr 500 Mitgliedern ins Leben. Als finanzielles Fundament dienten ihm die Erparnisse der bisherigen Berliner Bauarbeitersektion, die in den Sommermonaten 1898 und 1899 Unterstützungsfondsbeiträge von 25 bis 75 Pf. pro Woche erhoben hatte.

Als unser Verband gegründet wurde, waren auf sozialdemokratischer Seite ungefähr 120.000 bis 130.000 Bauarbeiter organisiert. Man konnte sich dort nicht mit dem Gedanken unserer Existenzberechtigung befassen und befaßte daher den neuen Verband mit allen notwendigen Mitteln. Viele unserer Kollegen wurden durch die Organisationszugehörigkeit von sozialdemokratischen Organisationen befreit und aus der Arbeit gelassen. Die Arbeit des neuen Verbandes wurde von Anfang an in einem weiten Maße durch die Unterstützung der Bauarbeitersektionen erleichtert. Die Sozialdemokraten konnten nicht mehr mit dem Verband konkurrieren, weil sie nicht die Mittel hatten, um die Arbeit des neuen Verbandes zu unterstützen. Die Bauarbeitersektionen konnten nicht mehr mit dem Verband konkurrieren, weil sie nicht die Mittel hatten, um die Arbeit des neuen Verbandes zu unterstützen.

unserer Kollegen bei den Lohnbewegungen 1900 in Essen und 1903 in Düsseldorf als Streikbruch des christlichen Verbandes registriert, von dem unsolidarischen Verhalten des eigenen Verbandes bei der Aussperrung unserer Verbandsmitglieder in Meseritz steht im Mauterkalender nichts. In den letzten Jahren ist das Verhältnis zwischen unserem Verbande und einigen sozialdemokratischen Bauarbeiter-Organisationen ein etwas besseres geworden, wir wollen daher am Vergangenen nicht mehr rühren wie notwendig ist.

Auch auf Arbeitgeberseite fand unser Verband von Anfang an Bekämpfung. Weil er für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und Beseitigung von Mißständen eintrat und heute noch eintritt, wird er für gefährlicher gehalten als die sozialdemokratischen Verbände, allerdings nicht von allen Arbeitgebern. Er mußte daher vielfach um seine Existenz und Anerkennung kämpfen. So gleich einige Monate nach der Gründung in Schwerin a. d. W., wo seine Mitglieder im Winter ausgesperrt wurden wegen ihrer Organisationszugehörigkeit. Es würde zu weit führen, hier alle Fälle aufzuzählen, in denen die Entlassung vieler Kollegen dieser Ursache entsprang. Im März 1899 war die Gründung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe mit 500 Mitgliedern erfolgt, der sich zur Aufgabe machte, den „unberechtigten Streiks“ der Bauarbeiter entgegenzuwirken. Lokale Arbeitgeberverbände bestanden schon in größerer Anzahl, von denen nur einige für die Tarifvertragsidee etwas übrig hatten. Der Bund als solcher war durchaus noch nicht tarifvertragsfreundlich. Die meisten Bundesmitglieder wollten „Herr im Hause bleiben“ und waren der Ansicht, dem Bunde werde es gelingen, die Arbeiterorganisationen kleinzutreiben. Die Folge davon war, daß bei guter Konjunktur viele Einzelkämpfe um die Tarifvertragsidee geführt werden mußten, auf die wir noch später zu sprechen kommen.

Trotz der Bekämpfung unseres Verbandes von allen Seiten fanden seine Bestrebungen unter der Bauarbeiterschaft doch viel Boden. Seine Mitgliederzahl wuchs von Jahresende 1899 bis zum Schluß des Jahres 1900 von 897 auf 3122. Ungefähr 250 Mitglieder waren ihm durch den Anschluß des Berufsvereins christlicher Bauhandwerker und verwandter Berufe, der 1899 im Westen Deutschlands gegründet worden war und in Köln seinen Sitz hatte, im Juli 1900 zugeführt worden. Bereits am 13. Mai 1900 konnte das Verbandsorgan „Arbeiterschutzbund“ (Beilage des „Berliner Arbeiter“) durch „Die Bauergewerkschaft“, die in eigenem Verlage erschien, abgelöst werden. Die Wirtschaftskrise, welche bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1900 einsetzte und zwei Jahre währte, hinderte die Entwicklung des Verbandes erheblich. Andererseits war eine intensive Agitation über das ganze Reich bei den damaligen Verhältnissen nicht möglich. Der freigestellte Vorsitzende mußte das Verbandsorgan redigieren, verpacken, zur Post bringen, die Korrespondenzen erledigen, kurzum alle Arbeiten erledigen, die vorkamen. Der von der Verwaltungsstelle Berlin freigestellte Kassierer war ihm bei vielen Arbeiten behilflich, hatte aber doch die weitaus meiste Zeit auf Verwaltung des Arbeitsnachweises der Berliner Kollegen und der Schlichtung von Streitigkeiten auf Bauten zu verwenden. Und doch war eine intensive Agitation in allen Teilen unseres Vaterlandes notwendig. Wohl hatten sich in einigen Städten des Reiches, besonders im Westen, einige Kollegen gefunden, welche jeden Sonntag und auch wochentags abends in der Umgebung agitierten, dabei große persönliche und finanzielle Opfer brachten, aber dies genügte nicht, den Verband so wie notwendig zu verbreiten. Da unternahm die zweite Generalversammlung 1903 auf Anregung des Zentralverbandes ein Wagnis, sie beschloß die Freistellung von drei Bezirksleitern, und zwar für den Osten mit dem Sitz in Posen, den Westen Sitz Bochum und Mitteldeutschland Sitz Frankfurt a. M. Es war ein Wagnis, weil nur 3953 Mitglieder und 29.000 M. Kassenbestand vorhanden waren. Der Wurf glückte. Bereits im Herbst 1903 konnte ein neuer Bezirk mit dem Sitz Köln errichtet werden. Von 1903 an bis einschließlich 1907 erfolgte dann ein erfreulicher Anstieg der Mitgliederzahl. Sie betrug im Jahresdurchschnitt 1907 40.135, ging aber 1908 infolge der neuen Wirtschaftskrise, die für das Baugewerbe viel nachteiliger wirkte, wie die erste, welche der Verband durchzumachen hatte, wieder auf 35.301 zurück. Heute sind 17 Bezirksleiter freigestellt. Bis heute ist der Mitgliederstand von 1907 noch nicht wieder erreicht. Mögen unsere Mitglieder durch eine eifrige Herbstagitation dafür sorgen, daß sie am Jahresende überschritten wird.

Verwaltungsstellen waren bei der Gründung des Verbandes fünf vorhanden; am Schluß des Gründungsjahres bestanden in 10 Orten 12 Verwaltungsstellen. Ende 1900 waren 58 vorhanden, 8 hatten sich im Laufe des Jahres wieder aufgelöst. Bis Jahresende 1901 war ihre Zahl auf 61 und 1902 auf 94 gestiegen. Sie wuchs weiter 1903 auf 109; 1904 auf 233, 1905 und 1906 auf 380. Bereits 1904 sah der Zentralverband ein, daß das bisherige System in jedem Orte, wo Mitglieder vorhanden waren, eine eigene Verwaltungsstelle zu gründen, den praktischen Bedürfnissen nicht entsprach. Er drang dann in den folgenden Jahren darauf, daß mehrere Verwaltungsstellen, die in einem und demselben Lohngebiete lagen, sich zu einer verschmelzen sollten. Auch die verschiedenen Zweige in einem Orte, müssen sich zu einer Verwaltungsstelle zusammenschließen. Diese Zentralisation ist aus den letzten drei Jahren bis auf wenige Ausnahmen durchgeführt worden. Auf sie ist der Anstieg der Zahl der Verwaltungsstellen, der seit 1903 eintrat, zurückzuführen. Die Zahl der Orte, in denen der Verband Mitglieder hat, ist bedeutend größer, sie beläuft sich auf

annähernd 1000, während Ende 1908 nur 312 Verwaltungsstellen bestanden.

Wie sich die Kassenverhältnisse in den einzelnen Jahren entwickelt haben, wird an anderer Stelle dieser Nummer noch ausführlicher behandelt. An dieser Stelle wollen wir nur darauf hinweisen, daß der Verband am 31. Dezember 1908 einen Kassenbestand von 583.089,71 M. hatte und die Mitglieder bis dahin 2.964.218,34 M. zusammengebracht haben. Welch großer Opfergeist verkörpert sich in dieser Zahl! Opfergeist nicht so sehr in dem Sinne, daß diese Summe gezahlt wurde, wie, daß Tausende von Vertrauensmännern Zeit und Kraft geopfert haben, sie zusammenzutragen. Wahrlich bei dieser Gelegenheit muß der Kollege gedacht werden, die im Interesse der Kollegenschaft nach vollbrachter Berufsarbeit oder Sonntags treppauf, treppab klettern, das Organ austragen und die Beiträge zusammenholen. Möge es dem Verband in Zukunft nie an solchen opferbereiten Vertrauensmännern fehlen!

Für Unterstützungszwecke sind aus den Zentralkasse in den zehn Jahren 862.135,33 M. verausgabt, und zwar 749.498,17 M. Streik-, 53.839,90 M. Kranken-, 26.287,75 M. Sterbe-, 14.777,95 M. Maßregelungsunterstützung, 17.731,56 M. für Rechtschutz. Verschiedene tausend Mark sind außerdem aus den Lokalkassen für Unterstützungszwecke verwendet worden. Die Krankenunterstützung wurde von der 2. Generalversammlung 1903 in Essen eingeführt und gelangte zuerst im Jahre 1904 zur Auszahlung. Den Mitgliedern sind also von dem Beiträgen erhebende Beträge direkt wieder zugeflossen. Wohl an 300.000 M. sind für Verbandsorgane, Bibliothek- und andere Bildungszwecke aufgewendet worden. Verschiedene Millionen Mark sind ihnen auf indirektem Wege in Form von Lohnhöhungen zugegangen. Gerade auf diesem Gebiete hat der Verband große Erfolge errungen; wie der Artikel „Unsere Lohnbewegungen, Kämpfe und Erfolge“ zeigt.

In diesem Rückblick wollen wir nur darauf hinweisen, daß der Verband seit seinem Bestehen seine Hauptaufgabe in der Regelung und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erblickt hat. Er hat 822 Lohnbewegungen geführt, von denen nur wenige ohne Erfolg blieben. 429 Kämpfe (230 Streiks und 99 Aussperrungen) mußte er durchsetzen, weil die Arbeitgeber auf friedlichem Wege den berechtigten Wünschen der Mitglieder nicht Rechnung tragen wollten. Wir haben nicht aus Freude am Kampf gekämpft, sondern um der Gleichberechtigung des Arbeiterstandes zum Durchbruch zu verhelfen, und haben in dieser Beziehung alles viel erreicht. Soweit wir feststellen konnten, sind im Laufe der Jahre 429 Tarifverträge von unserem Verbands abgeschlossen worden, von denen mehrere Gebiete mit mehreren Hundert Orten umfassen. Ueber drei Viertel der Mitglieder arbeiten unter tarifvertraglichen Bedingungen. Mit dem Zustande, der vor zehn Jahren noch allgemein vorhanden war, daß die Arbeitgeber einseitig und willkürlich die Lohn- und Arbeitsbedingungen festsetzen, ist heute im Baugewerbe durchweg gebrochen. Heute, unter der Entwicklung der Tarifverträge, haben die Kollegen ein Mitbestimmungsrecht. Wohl haben wir diesen Umschwung nicht allein herbeigeführt, aber Freund und Feind wird zugestehen müssen: Der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands hat eifrig für die Interessen der Bauarbeiterschaft gekämpft und viel zum Durchbruch der Tarifvertragsidee beigetragen. Wenn bei der gegenwärtigen Krise im Baugewerbe Lohnkürzungen, wie sie bei früheren Krisen üblich waren, verhindert werden konnten, so ist das zum guten Teil auch der Existenz und Tätigkeit unseres Verbandes zu verdanken. Wahrlich, er kann auf seine bezüglichen Erfolge im ersten Jahrzehnt stolz sein!

Es sind in den zehn Jahren nicht nur materielle, sondern auch ideale Vorteile für die Mitglieder sowie für die Gewerkschaftsbewegung überhaupt erreicht worden. Viele Mitglieder haben sich durch das Lesen des Verbandsorgans, durch Versammlungsbesuch usw., eine bessere Allgemeinbildung angeeignet, als das früher möglich war. Viele, die durch mißliche wirtschaftliche Verhältnisse und Bedrückung dem Stimpffuß verfallen waren, sind zu Selbstbewußtsein und Vertrauen gebracht worden. Sie fühlten sich wieder als Menschen und erstrebten den ihnen gebührenden Einfluß im öffentlichen Leben. Während man sich vor zehn Jahren fast gar nicht um die Arbeitervertreterwahl, welche verschiedene soziale Gesetze vorschreiben, gekümmert hat, sind heute viele Kollegen in den Krankenkassen, bei Gewerbegerichten usw. als Arbeitervertreter tätig. Einige Kollegen wirken in kommunalen Körperschaften. Eine neue Spezies von Arbeitervertretern bildet sich in den tarifvertraglichen Einigungsämtern und Schlichtungskommissionen heran. Die ganze Verbandsarbeit regt zum Denken und geistiger Betätigung an und hebt das Bildungsniveau der Mitglieder.

So können wir auf ein Jahrzehnt opfer-, aber auch erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit zurückblicken. Große Opfer sind gebracht von den Mitgliedern, aber auch von den Führern, von denen verschiedene in den ersten Jahren nicht nur Kraft und Zeit, sondern auch private Mittel in der Agitation opferien. Geiragen von den Idealen der christlichen Gewerkschaften und dem Vertrauen in die gute Sache, haben sie alles darangesetzt, um den Verband voranzubringen. Heute können sie sagen: Unsere Opfer waren nicht vergebens! Wir haben mit Gottes Hilfe einen stattlichen Bau aufgeführt, der wohl noch erweitert und ausgebaut werden muß, der aber doch schon tiefen Tausenden Kollegen Schutz gegen Unwetter des Wirtschaftens bietet. Die Erfolge sind errungen worden

im einmütigen Zusammenarbeiten der Mitglieder mit den von ihnen gewählten Führern. Opfer und Einigkeit haben uns groß und stark gemacht. Möge auch das beginnende neue Jahrzehnt eine große Reihe idealer, opferbereiter Kollegen hervorbringen und die Einigkeit weiter befestigen, dann wird es um die Bauarbeiterschaft nicht schlecht stehen.

Zum Schluß noch einige allgemeine Gesichtspunkte. Durch die christliche Gewerkschaftsbewegung, auch durch unseren Verband, ist der Gewerkschaftsgedanke in Arbeiterkreise getragen worden, unter denen man sozialdemokratisch viele Jahre vergeblich agitiert hat. Wir haben geholfen, den Gewerkschaftsgedanken populär zu machen. Populär nicht nur unter der Arbeiterschaft, sondern auch in bürgerlichen und regierenden Kreisen. Seitdem auch die christlichen Arbeiter sich gewerkschaftlich betätigen, gewöhnt man sich in bürgerlichen Kreisen allmählich ab, in Forderungen auf Verbesserung von Lohn- und Arbeitsbedingungen gleich etwas Sozialdemokrati-

sches, Revolutionäres zu sehen. Man fängt an, den Gewerkschaftsgedanken zu begreifen. Während 1890 noch das Einbringen der Buchhausbvorlage im deutschen Reichsparlament möglich war, haben sich dortselbst in den letzten Jahren an wichtigen Stellen stehende Staatsmänner (Graf Posadowsky, Herr v. Bethmann Hollweg) anerkennend über die Gewerkschaften im Allgemeinen und die Christlichen im besonderen ausgesprochen. Wohl gibt es in den Einzelstaaten und im Reiche einflussreiche Männer, welche sich mit dem Bestehen der Gewerkschaften noch nicht abgefunden haben, aber auch sie werden damit rechnen lernen, wenn die christlichen Arbeiter, auch die Kollegen vom Bau, dem Jahrzehnt der Aufrüttelung ein Jahrzehnt der Weiterbildung und Vertiefung folgen lassen. Wir im Baugewerbe haben durch unsere nun zehnjährige Organisation große Erfolge errungen, Erfolge, wie keine andere Arbeitergruppe. Sie könnten noch größer sein, wenn nicht noch viele Tausende abseits ständen, oder nur zeit-

weise unter das Dach der Organisation schlüpfen. Hierin muß das nun beginnende Jahrzehnt eine bedeutende Aenderung bringen. Glauben wir nicht, die Tarifvertrags-idee ist durchgedrungen, jetzt können wir die Hände in den Schoß legen, oder gar davonlaufen. Nein! Tarifverträge sind nur möglich, wenn auf beiden Seiten, vor allem aber auf Arbeiterseite starke Organisationen bestehen. Noch stehen wir in der ersten Entwicklung dieser Idee. Die Zukunft wird noch schwierige Probleme aufröhlen, die nur gelöst werden können, wenn auf unserer Seite noch größerer Eifer, größere Disziplin und gewerkschaftliche Schulung Platz greifen, als bisher. Der Ausbau der Einigungsämter und Schlichtungskommissionen, die Schadenersatzpflicht, die Arbeitsnachweis- und die Lehrlingsfrage sind Punkte, die in der nächsten Zeit an uns herantreten werden. Wohl an denn, Kollegen, auf zu neuer Agitation, auf zu eifriger Arbeit für unsere Organisation!

**Hoch der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands!**

Dr. Wiedeburg



**Die Entwicklung unserer Verbandskasse von 1899 bis 1908.**

Sagt schon ein altes Sprichwort: Aller Anfang ist schwer, so trifft dieses bei der Gründung unseres Verbandes doppelt zu. Fast unüberwindliche Schwierigkeiten türmten sich auf. Mangelndes Verständnis für die Organisation einerseits, die altbestehenden, im Klassenwesen gut fundierten sozialdemokratischen Organisationen andererseits.

Zum Leben gehört eben Geld, und will eine Organisation leben, die ihr gestellten Aufgaben erfüllen, dann bedarf sie der dazu notwendigen Mittel. Diese aufzubringen ist Pflicht der Mitglieder, die Selbsthilfe würde, wenn das nicht der Fall wäre, sonst falsch verstanden sein. Wir können es heute sagen: die finanziellen Schwierigkeiten, die der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands in den ersten Jahren seines Bestehens zur Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu überwinden hatte, waren nicht leichter Natur. Mit der Entwicklung des Verbandes ist das anders geworden.

Der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands wurde gegründet mit einem Wochenbeitrag von 10 Pfennig. Das Eintrittsgeld betrug 30 Pfennig. Von diesen 10 Pfennig mußten an die Zentralkasse abgeführt werden 80 Prozent, und zwar, wie der § 5 des ersten Statuts besagte, 25 Prozent für Verwaltung und Agitation, 25 Prozent für das Verbandsorgan und 30 Prozent für die Sterbeunterstützung. Das Eintrittsgeld floß ganz in die Zentralkasse. Die Zahlung von Streit- und Gemäßregelungen sowie anderer Unterstützungen überließ man den Verwaltungsstellen. Darüber sagte § 6 des Statuts, daß Extrabeiträge zur Schaffung eines Unterstützungsfonds an allen Orten periodisch erhoben werden müssen. Von diesen Beiträgen sollten 25 Prozent an die Zentralkasse abgeführt werden und 75 Prozent den Verwaltungsstellen verbleiben. Ueber die Höhe der Extrabeiträge zu diesem Unterstützungsfonds sowie über die Höhe der bei Streits oder Ausssperungen zu zahlenden Unterstützungen sollten die Verwaltungsstellen selbst entscheiden. Von diesem Selbstentscheidungsrecht haben natürlich die wenigsten Gebrauch gemacht.

Daß auf dieser Grundlage nicht weitergearbeitet werden konnte, sahen die Leiter der Organisation sowie auch ein Teil der Kollegen bald ein. Die Zentralkasse konnte zu keinen Mitteln kommen, zumal die Unterstützungsfondsbeiträge nur in 25 von 66 Verwaltungsstellen erhoben wurden. Die Zentralkasse war auf die 80 Prozent von den 10 Pfennig Wochenbeitrag und dem Eintrittsgelde angewiesen. Die Einnahmen waren naturgemäß so niedrig, daß nicht viel damit ausgerichtet werden konnte. Es mußte deshalb bei jeder Gelegenheit an die freiwillige Opferwilligkeit der Kollegen appelliert werden. Wir finden deshalb auch in den ersten Jahren einen Aufbruch nach dem andern. Keine Versammlung ging vorüber, wo nicht gesammelt oder ein Extrabeitrag beschlossen werden mußte. Und zum Ruhme der Kollegen muß es gesagt werden, daß sie, so oft auch an sie herangetreten wurde, gern und freudig ihr Scherflein feuerten. Das kleine Häuflein hat seine Schuldbiligkeit getan. Haben wir es doch zu verzeichnen, daß unser erster Streit in Schwerin a. d. Warthe im Jahre 1900 mit einem Ueberhaupt für die Zentralkasse zu Ende geführt wurde. Ebenso war es bei dem Münchener Streit in Mainz im Jahre 1900. Dieses war jedoch nur möglich, weil der größte Teil der Kollegen auf die Unterstützung verzichtete und trotzdem fest zur Stange hielt. In Hannover zahlten die Kollegen nach dem Streit im Jahre 1900 4 Wochen lang pro Woche 1 M Extrabeitrag, um der Zentralkasse die Unkosten des Streits wieder möglichst zu ersetzen. Die Streitabrechnungen und Quittierungen von gesammelten Geldern, in der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht, sind Ruhmesblätter für die älteren Kollegen. Auch von einzelnen Kollegen sind bewundernswürdige materielle Opfer gebracht worden; das muß heute zur Anerkennung der Kollegen gesagt werden. Ohne diesen betätigten Opferwillen wäre es unmöglich gewesen, den Verband über Wasser zu halten.

Nach der Betätigung des Opferwillens reifte dann der Gedanke in einem Teile der Kollegen, daß es so nicht weitergehen könne. Die Zentralkasse müsse gestärkt werden. Daß dieses ohne Erhöhung der Beiträge nicht möglich war, hatten sie eingesehen, und so wurde es mit Freuden begrüßt, daß der Zentralvorstand zum 4. Februar 1901 die erste Generalversammlung in Berlin zusammenrief. Zu dieser wurden verschiedene Anträge auf Erhöhung der Beiträge gestellt. Von den Kollegen in Hannover wurde der Antrag gestellt: 1. Eine Zentral-Unterstützungskasse zu grün-

den. 2. Von den erhobenen Beiträgen 75 Prozent an die Zentralkasse abzuführen. 3. Die Höhe der zu leistenden Wochenbeiträge mit 10 Prozent eines Tagelohnes zu bemessen. Der Antrag entspricht den heutigen Leistungen an Wochenbeiträgen. Die Bauhilfsarbeiterverwaltung in Berlin, die Verwaltungsstellen Frankfurt a. M., Reife und Allenstein wollten den Beitrag auf 15 Pfg., die Verwaltungsstellen M.-Glabbad, Düsseldorf, Mülheim (Ruhr), Rheidt, Cöln-Stadt, Cöln-Nippes, Cöln-Chrenfeld, Cöln-Deuz und Giesenkirchen auf 20 Pfg. erhöht wissen. Die Verwaltungsstelle Braunschweig beantragte einen Monatsbeitrag von 50 Pfg. Der weitgehendste Antrag war von den Zimmerern Beckins gestellt, die nicht unter 50 Pfg. Wochenbeitrag und Abführung von 75 Prozent an die Zentralkasse wünschten. Daneben wurden jedoch auch Anträge gestellt, die weitgehenden Anträge zu vertagen, so z. B. von Oermörlen. Von den meisten Verwaltungsstellen, die den Beitrag auf 15 resp. 20 Pfg. erhöht wissen wollten, wurden auch gleichzeitig Anträge gestellt, die Wintermonate vom Beitrag zu befreien. Zum Unterstützungsfonds lagen verschiedene Anträge vor, die obligatorische Einführung und Festsetzung der Höhe desselben vorsahen. Es war ein buntes Bild, womit die erste Generalversammlung zwecks Verbesserung der Kassenverhältnisse bedacht war. Ueber die Anträge hat es denn auch ausgedehnte und scharfe Debatten gegeben. Hatte die freiwillige Opferwilligkeit sich im Laufe der Zeit so großartig gezeigt, so versagte dieselbe jetzt bei der statutarischen Festlegung. Die weitgehendsten Anträge wurden abgelehnt und man einigte sich auf eine Erhöhung von 10 auf 15 Pfg. Wochenbeitrag. Die Monate Januar und Februar blieben vom Beitrag befreit. Der Unterstützungsfonds wurde für die Sommermonate vom 1. April bis 1. Oktober obligatorisch festgesetzt und zwar sollte bei 3 M Tagelohn 10 Pfg. und bei jedem weiteren Tagesverdienst von 1 M 5 Pfg. mehr gezahlt werden. Von diesen Beiträgen sollten 75 Prozent an die Zentralkasse abgeführt werden und 25 Prozent den Verwaltungsstellen verbleiben. Dieser Beschluß ist die größte Tat, die der Verbandstag vollbrachte. Heftige Debatten spielten sich dieserhalb ab. Einige Verwaltungsstellen hatten sich unter dem früheren Statut bereits ein ansehnliches Vermögen verschafft und wollten auf diesem Wege gern weiterarbeiten, sie wollten starke Lokalkassen haben. Die Verwaltungsstellen, die bereits Kämpfe geführt hatten und die Zentralkasse, die naturgemäß nichts besitzen konnte, um Unterstützung ersuchen mußten, wünschten eine starke Zentralkasse. Der Zentralvorstand mußte sich in jedem Streitfalle bittend an die Verwaltungsstellen, die Vermögen hatten, um Darlehen verwenden. Dadurch geriet der Verband wie auch der Zentralvorstand in Abhängigkeit zu einzelnen größeren Verwaltungsstellen und das Ende vom Liede würden eventuell Zersplitterungen gewesen sein. Dieserhalb ist der Beschluß, 75 Prozent an die Zentralkasse abzuführen, die bedeutendste Tat der ersten Generalversammlung.

Obgleich der Wochenbeitrag pro Jahr nur um 1,40 M erhöht und der Unterstützungsfonds obligatorisch festgesetzt war, lösten sich doch mehrere Verwaltungsstellen dieserhalb auf. Die Hoffnungen, die Zentralkasse leistungsfähiger zu machen, wurden dadurch vernichtet; zumal auch wegen der Wirtschaftskrise ein nennenswerter Mitgliederzuwachs ausblieb, im Gegenteil die Mitgliederzahl im Jahre 1901 um 405, von 3122 auf 2717 fiel. Ganze 6171,27 M Mehreinnahme hatte der Verband im Jahre 1901 gegen das Jahr 1900 zu verzeichnen. Als ein Glück ist es zu bezeichnen, daß der Verband im Jahre 1901 mit Streits verjöhnt wurde. Das Jahr 1902 brachte eine Mitgliederzunahme von 1096. Sie stieg von 2717 auf 3813. Dadurch trat auch eine Mehreinnahme von 12 395,22 M ein. Dagegen wurde der Verband in mehrere Streits verwickelt und stiegen allein die Ausgaben für Streiterstützung um 17 416,34 M. Es waren schlimme Zeiten, die Jahre 1899 bis 1903 für unseren Verband. Die Zentralkasse mußte trotz der Beschlüsse der ersten Generalversammlung Anleihen bei den Verwaltungsstellen, die von früher noch Bestände hatten, machen. Dadurch kam aber auch wieder ein größerer Teil der Verwaltungsstellen zu der Erkenntnis, daß es so ebenfalls nicht mehr weitergehen könne. Daß der Zentralvorstand diese Erkenntnis schon früher befaß, ist selbstverständlich. Im Jahre 1903 mußte wieder eine Generalversammlung abgehalten werden. Auf dieser mußten die Beiträge erhöht werden, das stand für den

Zentralvorstand sowie auch eine Anzahl Kollegen fest. Jedoch standen denselben die Schwierigkeiten der minimaler Beitragserhöhung der ersten Generalversammlung noch lebhaft vor Augen. Es mußte schon vor der Generalversammlung gearbeitet und die Sache geklärt werden. Dieserhalb erschien bereits in Nr. 31 vom 31. August 1902 der „Baugewerkschaft“ ein Artikel mit der Ueberschrift „Unsere nächsten Ziele“. Die Kollegen wurden aufgefordert, zur Feder zu greifen und ihre Ansicht öffentlich kundzutun. Davon wurde denn auch reichlich Gebrauch gemacht, und zwar durch die Kollegen: Broste-Berlin, Rhode-Hannover, Windolph-Hannover, Göbhardt-Herne, Beder-Fulda, Hartmann-Hagen (Westf.), Hirsch-München, Schneider-Struttgart, Schönefels-Braunschweig, Schunne-Schwerin, Roos und Schneider-Niederbrechen, Müller-Görlitz, Lange-Essen, Zimmernann-Braunschweig, Klein-Danzig, Schimke-Düsseldorf, Roeben-M.-Glabbad, Rothfegel-Rattowitz, Jacobi und Werner-Hannover. In allen Einwendungen wurde die Beitragserhöhung als unumgänglich bezeichnet. Aus dieser Diskussion wurden der Gedanke der Einheitsmarke und die Staffelung der Beiträge nach der Höhe des Verdienstes geboren. Dahinzielende Anträge wurden dann auch in den verschiedensten Formen gestellt von den Verwaltungsstellen Bochum, Meseritz, Schwerin, Hannover (Hilfsarb.), Berlin (Zimmerer), Oberglogau, Berlin (Maurer), Jordan-Paradies, Braunschweig, Herne, Münden und Niederbrechen. Einen ganz neuen Antrag stellte außerdem noch der Zentralvorstand, welcher die Zuschlagsbeiträge forderte; ebenso ein Antrag Oliva-Poppo und Hannover (Hilfsarb.), welcher forderte, daß anstatt der bisher abgeführten 75 Prozent in Zukunft 85 Prozent an die Zentralkasse abgeführt werden sollten. Diese Anträge wurden dann mit 21 Stimmen von 25 Stimmberechtigten auf der zweiten Generalversammlung am 15., 16. und 17. März 1903 in Essen angenommen und dadurch das Fundament zur gedeihlichen Entwicklung unserer Verbandskasse gelegt. Die Wirkungen blieben denn auch nicht aus und auch die Befürchtungen der Gegner dieser Beschlüsse traten nicht ein. Die letzteren meinten, es würde ein Mitgliederverlust eintreten. Nicht dieses trat ein, sondern eine stetige Mitgliederzunahme haben wir seit der Zeit zu verzeichnen. Im Jahre 1903 betrug die Mitgliederzunahme nur 882, dagegen stiegen die Einnahmen an Beiträgen von 22 533,15 M auf 62 894,20 Mark, also ein Mehr von 40 361,05 M. Die Gesamteinnahme stieg um 27 006,93 M. Die letzte Generalversammlung vom Jahre 1907 zu Kassel ging dann noch einen Schritt weiter, indem sie die Arbeitslosenmarke von 20 Pf. befestigte und dafür die bisherige erste Beitragsklasse von 25 Pf. einsetzte.

Vier Jahre hat es bedurft, bis sich der Grundsatz „Die Unternehmer rechnen nur mit der Organisation, wenn sie Geld besitzt“, der bereits in der zweiten Nummer unserer Baugewerkschaft vom Jahre 1900 ausgesprochen wurde, durchgesetzt hatte. Den damaligen Mitgliedern, etwa 2600 im Durchschnitt dieser vier Jahre, zerstreut über ganz Deutschland, gebührt der Ruhm, daß sie die Zeichen der Zeit richtig erkannt haben. Sie haben tapfer gekämpft, um dem Verband eine bessere finanzielle Unterlage zu geben. Diese bewirkte es, daß Tausende von Kollegen Vertrauen zu unserem Verbands gewannen und beitraten. Gerade die niedrigeren Beiträge boten ja unseren Gegnern ein gutes Agitationsmittel, um die fernstehenden Kollegen gegen uns mißtrauisch zu machen. Der Erfolg der gemeinsamen Tätigkeit ist auch nicht ausgeblieben. 2 453 206 Mark an wöchentlichen Beiträgen, 113 797 M an Extrabeiträgen, 144 555 M an sonstigen Beiträgen und Einnahmen, 108 317 M an Agitations- und Lokalfondsbeiträgen, 14 555 M an sonstigen Beiträgen und Einnahmen. In Summa 2 964 218 M haben die Kollegen in den ersten zehn Jahren für die Vertretung ihrer Interessen aufgebracht. Von 3488 M Jahreseinnahme im Jahre 1899 ist dieses im Jahre 1908 auf 684 889 M gestiegen. Das ist ein Erfolg, dessen wir uns mit Recht freuen können. Und was ist nicht alles mit diesen Summen geleistet worden? Der Artikel „Lohnkämpfe und Erfolge“ gibt uns darauf die Antwort. Aber das nicht allein! In 984 Fällen konnte den Kollegen Rechtschutz gewährt und dafür 17 731,56 M verwendet werden, in 3613 Krankheitsfällen konnten den Kollegen in 112 753 Krankheitsagen 53 834,90 M zugewiesen werden. In 801 Sterbefällen konnten die Hinterbliebenen herfürgehener Mitglieder oder deren Ehefrauen mit 26 287 M



also durch unser selbständiges Vorgehen die Eblner „Genossen“ auf den Weg der Vernunft gedrängt.

Ganz bedeutend stieg die Zahl der Lohnbewegungen in den Jahren 1904 und 1905. Im Sommer 1904 wurde zum ersten Male von dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband die „Probe“ mit der „Aussperrung großer Bezirke“ gemacht. Sie erstreckte sich über Frankfurt, Höchst, Offenbach, Hanau, Schaffenburg, Darmstadt, Mainz, Wiesbaden und Bad Nauheim. Die Aussperrung endigte nach vier Wochen mit dem Abschluß eines Tarifs über den genannten Bezirk, dem ersten größeren Bezirkstarif. Später ist derselbe noch beträchtlich erweitert worden. In den beiden genannten Jahren ging es auch in dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet recht unruhig zu, in 1905 kam es zu den bekanntesten großen Aussperrungen. Die Kampfmittel, oder besser gesagt, die Kampfstatistik, der Arbeitgeber waren nicht immer einwandfrei. So griff man im Jahre 1905 sogar zum Mittel des Tarifbruchs, welches vereinzelt die Behörden veranlaßte, öffentlich Stellung gegen das Vorgehen der Arbeitgeber zu nehmen. Der verdienstvolle, verdientvolle Oberbürgermeister Zweigert von Essen beantragte dieserhalb bei der Stadtverordnetenversammlung Vereinstellung von Mitteln zur Unterstützung der Aussperrten, welches ihn schweren Angriffen in den Unternehmerversammlungen und vereinzelt arbeitgeberfreundlichen Zeitungen aussetzte. Der damalige Regierungspräsident von Marnberg, Freiherr v. Cölln, machte auf dem Rathause zu Hagen i. Westf. den Versuch, die Parteien zum Abschluß eines Vertrages zu bewegen, bevor der Kampf auf der ganzen Linie entbrenne. Die Heißsporne des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten lehnten jedoch einen Vertragsabschluß ganz entschieden ab. Tarifverträge seien für das Baugewerbe schädlich, wurde kategorisch erklärt. Die Festsetzung der Löhne und der Arbeitszeit sei Sache der Arbeitgeber, man lasse sich da von den Vertretern der Arbeiter nicht zwischenreden. Daß es dann doch anders kam, war nicht die Schuld der Arbeitgeber. Auf den Trümmern der gebrochenen Tarifverträge wurde durch die Ausdauer der Arbeiter, dann aber auch durch die geschickte Leitung der Verhandlungen durch den damaligen Beigeordneten der Stadt Essen, Herrn Dr. W i e b e l d, der bis dahin im deutschen Baugewerbe größte Bezirkstarif abgeschlossen. Weiter wollen wir auf den damaligen Kampf nicht eingehen, wir wollen nur noch erwähnen, daß der Ausgang dieses Kampfes mit dazu beigetragen hat, daß in der folgenden Zeit neben dem Bezirkstarif für das Maurer-, Bauhilfsarbeiter- und Zimmerergewerbe, auch solche für Stuckateure, Dachdecker und Fliesenleger abgeschlossen worden.

Eines Kampfes, welcher sich am Fuße des Hermannsdenkmals im Teutoburger Walde abspielte, wollen wir noch kurz gedenken: Im Winter 1904 traten die Maurer in dem lieblichen Randstädtchen Lage in Lippe fast geschlossen unserem Verbands bei. Kurze Zeit darauf richteten sie an die Arbeitgeber die schriftliche Bitte, den Stundenlohn von 32 auf 35 Pf. zu erhöhen und die regelmäßige 14tägige Lohnungsperiode einzuführen. Gewiß ein billiges Verlangen, aber was taten die Arbeitgeber? Sie sandten unserer dortigen Leitung folgende Antwort:

„Wir unterzeichneten Maurermeister von Lage teilen Ihnen hierdurch mit, daß wir vom 1. März ab keine Mitglieder des christlichen Maurerverbandes mehr beschäftigen werden.“

Die Aussperrung kam denn auch. Am 19. März wurden die Kollegen entlassen. Der gewünschte Knalleffekt blieb jedoch aus. Die Kollegen blieben der Organisation treu und somit mußten sich die Arbeitgeber bequemen, einer nach dem andern die Wünsche der Kollegen anzuerkennen.

Mehrfach ging es in einer weiteren Anzahl Orte der verschiedensten Gegenden Deutschlands. So waren wir u. a. noch an Kämpfen beteiligt in Pirmasens, Karlsruhe, G ü r t h, H i l d e s h e i m, G n e s e n, P o p p o t und G r ä h. Der Kampf in letzterem Orte (Gräh) hat durch das Verhalten der dortigen Polizeibehörde eine gewisse traurige Berühmtheit erlangt. Die Polizei stellte sich dort so an, als sei sie der Hausknecht des Arbeitgeberiums. Die Versammlungslokale wurden uns einfach abgetrieben, die Streikposten wurden ohne jeden Grund eingesperrt. Auch der Bezirksleiter Kollege H a s s e wurde 16 Tage lang in Untersuchungshaft genommen, alles nur deshalb, weil er sich an einem Streik beteiligt hat — wie der Untersuchungsrichter eingestand.

Aus den Kämpfen der folgenden Jahre wollen wir nur noch denjenigen der Maurer und Bauhilfsarbeiter von Aachen und denjenigen der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter von Berlin besonders erwähnen. Ersteren wegen der Hartnäckigkeit und der langen Dauer, welche er erforderte. Diese hatte in der Hauptsache ihre Ursache darin, daß die Arbeitgeber an ihrer willkürlichen Lohnaufzählung unter allen Umständen festhalten wollten. Das Ende vom Liede war, daß sie nach hartnäckigem, 16wöchigem Kampfe doch in eine engere Gliederung der Lohnklassen einwilligen mußten. Der Berliner Kampf wurde in der Hauptsache wegen der Verkürzung der Arbeitszeit geführt, ging dann aber leider verloren. Hätte hier die organisierte Arbeiterkraft dem Rate ihrer Führer gefolgt, so wäre nicht gekämpft worden, und das Berliner Baugewerbe wäre heute bessere Arbeitsbedingungen auf, wie dieses leider jetzt der Fall ist. Der Ausgang des Berliner Lohnkampfes wurde dann auch zum Verhängnis für die Tarifberatungen im Jahre 1908. Die Arbeitgeber hatten eine nicht geringe moralische Stärkung erfahren, außerdem machten sie den Abschluß von Tarifverträgen im übrigen Deutschland von dem Zustandekommen eines solchen für Berlin abhängig.

Von den Tarifverhandlungen des Jahres 1908 brauchen wir in diesem Zusammenhange wohl nichts weiter zu sagen, da dieselben noch in aller Erinnerung sind. Wir wollen nur kurz erwähnen, daß unsere Organisation in allen Tarifgebieten, wo Mitglieder derselben vorhanden sind, auch an den abgeschlossenen Verträgen beteiligt ist. An den im Jahre 1908 durch die zentralen Verhandlungen zustande gekommenen Tarifen ist unser Verband in 54 Fällen beteiligt. Näheres über die Entwicklung der Tarifbewegung ergibt sich aus obiger Statistik. Am Jahresschlusse 1908 partizipierte unser Verband an insgesamt 168 Tarifverträgen. Gewiß ein guter Erfolg seit dem Jahre 1900.

Es bliebe uns nun noch kurz übrig, etwas über die

errungenen Erfolge zu sagen, doch hier sollen nicht Worte, sondern Zahlen reden.

Durch die geführten Lohnbewegungen wurden an Lohn-erhöhungen und Verkürzung der Arbeitszeit erreicht:

Table with columns: An Lohnerhöhung pro Stunde in Pfennigen (1/2 to 1 1/2) and An Verkürzung der Arbeitszeit pro Tag in Stunden (1/4 to 1 1/2). Rows represent years from 1899 to 1908.

Die durch diese Zahlen zum Ausdruck kommenden Erfolge reden für sich. Doch nicht alle Erfolge kommen darin zum Ausdruck, wir meinen die Regelung der Lohnzahlung, der Zuschläge für Ueber-, Nacht- und Sonntagsarbeit, der Zuschläge für Turm-, Wasser- und Karbolemarbeiten, der Auflösung des Arbeitsverhältnisses usw. Ebenfalls kann man es als Erfolg bezeichnen, daß in den meisten abgeschlossenen Verträgen eine sogenannte Schlichtungskommission vorgesehen ist, in den größeren Vertragsgebieten außerdem noch Einigungsämter. Mögen hier oder dort diese Einrichtungen auch noch Mängel aufweisen, so lassen sich dieselben doch ganz gewiß noch vervollständigen und ausbauen, so daß sie als gewerbliches Friedensinstitut immer mehr zur Geltung kommen.

Aus dem Angeführten geht deutlich hervor, daß es richtig ist, was wir eingangs sagten. Wir betonen deshalb auch am Schlusse: Der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands hat als Organisation seinen Mann gestellt. Ihm sind Kämpfe aufgetragen worden, er hat sie durchgefochten. Er hat sich als Aufgabe gestellt, die Lage der Bauarbeiterschaft zu verbessern, und hat diese redlich erfüllt. Dieses alles war nur möglich, weil die Organisation auf der Grundlage, wie es geschehen ist, aufgebaut wurde, weil jeder an seinem Posten mitwirkte, weil bei allen der Glaube an die gute Sache vorhanden war. — Wird es auch in Zukunft so bleiben? — Wir hoffen es!

listische Entwicklung unter das Volk. Die neue Lehre fand in weiten Arbeiterkreisen begeisterte Zustimmung, glaubten sie doch damit den Weg aus dem wirtschaftlichen und geistigen Elend gefunden zu haben. Eine Prüfung der neuen Idee auf ihren Wert und Nützlichkeit war ja nicht möglich. Die Folge ist eine starke Aufwallung unter der Arbeiterschaft, die mehr vom Gefühl als vom kühlen Erwägungen getragen ist. Mächtige Agitatoren, die nicht dem eigentlichen Lohnarbeiterstand entstammen, reißen die Führung der aufkeimenden Arbeiterbewegung an sich; natürlich in utopisch-sozialistischem Sinne. Nach der Lehre vom ehernen Lohngesetz war ja in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung keine durchgreifende Besserung der Arbeitsverhältnisse möglich. Der Kampf zwischen Sozialismus und Fortschrittspartei beginnt, der bald zumungunsten der letzteren entschieden ist. Dazwischen malenden Klänge christlicher Reformen. Die gewaltigen Worte des Bischofs von Ketteler riefen nachhaltigen Eindruck hervor.

Ein gährendes politisches Bild. Der kriegerischen Auseinandersetzung mit Oesterreich folgten leidenschaftliche Kämpfe um die neue Staatenbildung und Bundesgemeinschaft. Zwei Lager: Nord und Süd. Der Krieg mit Frankreich! Er brachte die deutschen Staaten einander näher und schuf ein einiges Deutschland, die natürliche Krönung des Zollvereins von 1838. Nach heftigen Kämpfen erfolgte in 1869 die Aufhebung der Koalitionsverbote, die Einführung des allgemeinen, geheimen und gleichen Wahlrechtes folgte. Es kam die Gründerzeit ungeliebten Angelebens mit ihrem Zusammenbruch, von der sich die deutsche Industrie nur langsam erholt. Gewirgt durch die Erfahrung, jowie durch Zollschutz und gezeugerliche Maßnahmen, schaffte sie sich ein gesundes und sicheres Fundament.

In diesem brodelnden Werden eine illusionistische Arbeiterchaft, die versuchte, ihr Geschick selber in die Hand zu nehmen. Nicht auf rein gewerkschaftlichem Boden glaubte sie dieses Ziel erreichen zu können, sondern auf dem schlüpfrigen Parkett der Politik. Lediglich als Mittel zum Zweck sollten unsere bewährten gewerkschaftlichen Kampfmittel dienen, d. h. zur Beschleunigung der Katastrophe, die den kapitalistischen Staat in den des Kommunismus, kurz gesagt Zukunftsstaat, überführen sollte. In dem Streik erblickte man allgemein etwas Revolutionäres. Auch beim Bürgerium war diese Anschauung vertreten, was sich aus der noch im vollen Ansehen befindenden Anschauung über „Herr“ und „Knecht“ erklärt. Der freie Arbeitsvertrag, der beide Teile, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, zu gleichwertigen Kontrahenten machte, hatte noch nicht zu Ansehen gelangen können. Die ausgesprochene Staatsfeindlichkeit der werdenden Sozialdemokratie, die ausbrechenden Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern verleitet zur Annahme des Sozialistengesetzes. Mit Gewalt suchte man nun die zur verbotenen Frucht gestempelte Sozialdemokratie niederzuhalten, machte aber damit jede gesunde gewerkschaftliche Arbeiterbewegung unmöglich, lieferte sie einem sozial rückständigen Unternehmertum aus. Mit welchem Erfolge hat die spätere Zeit gelehrt.

Die Schutzlosigkeit des modernen Industriearbeiters in Fabrik und Arbeitsvertrag führte zu so offenkundigem Elend, daß im Parlament immer stärker der Ruf nach sozialer Fürsorge für den wirtschaftlich Schwächsten, den Arbeiter, erhob. Von zwei verschiedenen Auffassungen aus! Die christlichen Sozialreformer erachteten es als Pflicht für einen christlich sein wollenden Staat, daß er seinen schwächsten Gliedern gesetzlichen Schutz zuteil werden lasse. Die Sozialdemokratie aus ihrer Anschauung vom Staat überhaupt. Da kam am 17. November 1881 die Kaiserliche Botenschaft, die den staatlichen Arbeiterschutz einleitete. Im Jahre 1883 wurde das Krankenversicherungsgesetz eingeführt, 1884 das Unfallversicherungsgesetz. Die Invaliden- und Altersversicherung folgte 1891, der das große Arbeiterschutzgesetz von 1890 vorausging. Eine gewaltige Arbeit an staatlicher, sozialer Fürsorge, wie sie ein zweites Mal nicht in der Welt besteht. Ob es in diesem Umfang dazu gekommen wäre, wenn dem Arbeiter die Ausübung der Selbsthilfe nicht unterbunden worden wäre?

Und doch fehlt die Zufriedenheit der Arbeiter. Was ist's, was ihnen mangelt? Materielles Elend, sittliche Schäden, geistige Unkultur! Sie fühlen einen Zwiespalt in der Lehre vom modernen Rechtsstaat, in dem alle Bürger vor dem Gesetz gleich sein sollen. Mißachtung auf gesellschaftlichem Gebiet, überhaupt Minderbewertung der Lohnarbeiter. Freier Arbeitsvertrag, wo ist er? Löhne, Arbeitszeit bestimmt der Unternehmer. Politische Ausbeutung durch die Hungerpeitsche, Ueberhaupt Schutzlosigkeit auf allen Gebieten.

Da fallen 1890 die Schranken, die die Selbsthilfe der gesamten Arbeiterchaft unmöglich machten. Die heutige Gewerkschaftsbewegung erscheint auf dem Plan, sie war schon vorher in allerhand Konventikeln vorhanden. An Führer mangelte es ihr nicht. Nun folgt der allmächtige Ausschub der wirtschaftlichen Interessenverbände der Arbeiter, um gegen Ende des vorigen und hauptsächlich in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts zu einer gewerkschaftlichen Hochflut anzuwachsen.

In der Mitte der 90er Jahre erfolgt plötzlich die Gründung des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter. Andere christliche Berufsverbände folgten bald nach. Was ist die treibende Idee der neuen Bewegung, welches die Beweggründe, hatte sie Vorläufer? Brauchen wir es wohl noch zu sagen? Da die in den Händen der Sozialdemokratie sich befindende „freie“ Gewerkschaftsbewegung noch an ihren früheren utopischen Anschauungen festhielt, von Aus-

Da haben wir uns erhoben, Da hat ein Morgen getagt, Der hörte uns ernst geloben, Was uns der Dichter gesagt: „Wir wollen die Hand erlassen Des Schiffsherrn von Nazareth, Der, wenn die Sterne verbläßen, Nachtwandelnd auf Meeren geht. Der tief in Wellen und Winden Verlorne Stimmen lauscht, Um Städte wiederzufinden, Darüber die Sündflut gerauscht, Der aus dem brausenden Leben, Drin unser Gut verscholl, Versunkene Tempel heben Und neue durchgöttern soll.“

Im Fluge der Zeit.

Zehn Jahre, eine kurze Spanne Zeit — wenn sie dahingeeht ist. Der Ueberlebende geht leichten Sinnes darüber hinweg, auch die schweren Tage vergessen sich; man lebt ja nicht der Vergangenheit, sondern dem, was der morgige Tag bringt.

Der Chronist denkt und handelt anders, er gibt der entscheidenden Zeit Leber und Inhalt. Darum legen wir für einen Augenblick die Hände in den Schoß, nicht um auszuruhen von schwerer Mühe und Arbeit, sondern um die Erinnerung wachzurufen an das was war und ist. Um auch die Stimmung und die Gedanken, die uns in unserer zehnjährigen Verbandsarbeit geleitet haben, noch einmal in frischer Klarheit an unserem Geiste vorüberziehen zu lassen.

Die eigentliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands ist jüngeren Datums. Das Produkt einer gewaltigen wirtschaftlichen Umwälzung: vom Agrar- und Handwerkerstaat zum modernen Industriestaat. Das kann heute füglich behauptet werden, wenngleich diese Entwicklung noch nicht zum Abschluß gelangt ist. Eine revolutionierende Umwälzung im Wirtschaftsleben Deutschlands, wie sie gewaltiger in so kurzer Frist nicht gedacht werden kann. Bei dem Siegeszug der Fabrik, der Maschinen und der Massenproduktion blieben zahllose selbständige Existenzen vernichtet am Boden liegen, voll Unzufriedenheit und Erbitterung. Das moderne Proletariat nimmt seinen Entwicklungsgang. Getrennt von den Produktionsmitteln ist der unselbständige Lohnarbeiter den nach kapitalistischen und feudalistischen Grundsätzen regierenden Arbeitgebern ausgeliefert. Das Gesamtbild der Entwicklung ist unklar und verworren. Erst der späteren Zeit blieb es vorbehalten, durch unsere großen Nationalökonomien wie Brentano, Schmoller u. a. ein klares Bild davon zu zeichnen, zugleich auch die Wege anzugeben, wie die schädlichen Wirkungen zu beseitigen seien.

Noch hält die Idee der Manchesterleute, das laißer fair, laißer aller, der schrankenlosen Freiheit im Wirtschaftsleben, die Köpfe gefangen. Da wirkt Karl Marx seine wirtschaftlichen Untersuchungen über die kapita-

nahmen abgesehen, und eine steigende Religionsfeindschaft sich bei ihr bemerkbar machte. Eine Weltanschauung bildete sich, trennend von der Sozialdemokratie. Die Materialismus, die Christlich. Daraus resultierend eine andere Meinung über das Staatswesen selbst und das Verhältnis seiner Bürger untereinander. In die Grundlagen unserer Volkswirtschaft einbringend, stellte die neue Bewegung sich auf dem Boden der realen Tatsachen, und innerhalb dieser Grenzen wollte sie die Interessen der Lohnarbeiter wahrnehmen. Das waren die Gründe der Absonderung.

Und nun folgte ein Kampf, wie er wider nicht gedacht werden kann. Der unbecommene Konkurrenz sollte nicht erst aufkommen, sondern im Keime erstirbt werden. Das war die Absicht der „freien“ Führer. Wirtschaftliche Nechtung, Verleumdungen, Totschreien! Wer ist auch nur im entferntesten imstande, all die Unbilden aufzuzählen, die christlich gesinnte Arbeiter auf sich nehmen mußten. Dazu der Kampf mit rücksichtslosen Unternehmern und Behörden. Wir haben das innere Antlitz der Kollegen oft vernommen. Aus dieser Saat ist der Baum der christlichen Berufsverbände emporgewachsen, über 280 000 Mitglieder ist er stark geworden. Davon sind wir der zweitstärkste Verband.

Das erfüllt uns mit innerer Befriedigung. Wie oft haben wir in den ersten Jahren unseres Bestehens getrachtet: Nur erst einmal 10 000 Mitglieder. Fehlschläge auf Fehlschläge kamen. Die Mittel wurden durch die Kämpfe schon verschlungen, ehe sie nur einmal eingebracht waren. Aber immer ging es mit frischem Mut an die Arbeit, einmal mußte ja der Erfolg kommen. Und das ist er. Die Opfer, die wir allesamt gebracht haben, sie waren nicht umsonst. Mit dem Wachstum des Verbandes wuchs auch die Größe der Aufgabe und der Verantwortung. Die Antwort gibt uns diese Festnummer. Und die Achtung haben wir allen unseren Gegnern abgerungen.

Die Gedanken, die uns bei unserer Arbeit leiteten, waren: Gerechtigkeit auch für den Arbeiter. Anerkennung der Gleichberechtigung sowohl im Arbeitsvertrag, wie im gesellschaftlichen und staatlichen Organismus. Emporreißen des Arbeiters aus seiner geistigen Lethargie, seiner schlechten, wirtschaftlichen Lage. Schutz seiner Gesundheit und Sittlichkeit. Haben wir gehalten, was wir versprochen haben? Wir lassen unsere Geschichte dafür zeugen. Wir haben gekämpft und gelitten dafür, ja sind selbst ins Gefängnis gewandert. Auch das haben wir ertragen in dem Bewußtsein, daß ohne Kämpfe keine Erfolge errungen werden.

Mit wehmütigem Sinn gedenken wir der alten Streiter, die in unseren vordersten Reihen standen, aber den heutigen Tag nicht mehr erleben sollten. Kollege Heinrich Böbhardt, Joseph v. Köln, Kollege Nonnen u. a. Wir gedenken ihrer am Grabe und geloben, im alten Sinne unentwegt weiterzuarbeiten.

Und so blicken wir am heutigen Tag über all die Wirnisse und Gefahren, die die deutsche Arbeiterschaft überwunden und in denen sie sich noch befindet. An ihrer Gefühlsbindung zu arbeiten soll ein Teil unseres Lebenszweckes sein. Wir wollen an der Hebung unseres Standes wie der Gesamtarbeiterschaft mitwirken in christlichem Sinne. Mit und durch den Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter. In solidarischer Einheit und Treue.  
Joh. Becker.



**Bezirk Bochum.**

Im Westen Deutschlands, im Herzen der deutschen Industrie, hat man es von jeher verstanden, den Arbeiterstand in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den Arbeitgeber zu erhalten. Es erklärt sich dieses Verhältnis zu einem großen Teile aus der rapiden, fast sprungweisen Entwicklung, welche unsere Industrie hier in den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts genommen hat. Aus kleinen Zwergebetrieben, wie sie in den 60er und 70er Jahren hier bestanden, haben sich in kurzer Zeit Riesengruben mit einer teilweise kaum noch zu steigenden Produktion entwickelt. Dieser gewaltige Entwicklungsgang gebrachte neben der Ausnutzung der neuesten technischen Hilfsmittel starke Arbeitermassen. Da der Industriebezirk mit seiner näheren und weiteren Umgebung dieses Arbeiterheer nicht zu stellen in der Lage war, erfolgte die Zuwanderung aus allen Gauen Deutschlands, besonders waren es (und sind es heute noch) die östlichen Provinzen, welche in erheblichem Maße den Zufluß an Arbeitskräften stellten. Daß die Industriellen durch ihre Agenten noch Tausende ausländischer Arbeiter in oft unverständlicher und unverantwortlicher Weise nach dem hiesigen Bezirke lockten, wollen wir nur so nebenbei bemerken. Diese künstliche, oft über den Rahmen des Erforderlichen weit hinausgehende Förderung des Zuzuges hat im wesentlichen das Abhängigkeitsverhältnis nur zu sehr befestigt.

Der große Bedarf an Arbeiter und gestellten Wohnungen, sowie die fortschreitende Erneuerung und Reanugung industrieller Werke förderten den fortwährenden Zuzug von Bauarbeitern, im besonderen der gelernten Berufe. Zugezogen wollen wir, daß das Baugewerbe auf Zuzug aus anderen Gegenden angewiesen ist, da die heranwachsende Jugend des Industriegebietes sich fast ausschließlich der Industrie zuwendet. Der Zuzug der Bauarbeiter muß somit fast nur aus agrarischen Gegenden, aus Ost- und Westpreußen, dem Elsaß, der Pfalz, der Rheingegend usw. Die Leute haben in ihrer Heimat zum größten Teile etwas Besitz, ein Häuschen, auch wohl ein Ackerchen Land, an diesem Besitz hängen sie mit ihrem ganzen Denken und Fühlen. Da die Erträge dieses Besitzes jedoch nicht ausreichen zur Erhaltung der Familie, so man ein Handwerk erlernt. Während nun der Zuzug und das Verlassen von den Frauen und Kindern gewillt werden, zieht die Bauarbeiterschaft im Sommer zur Erntezeit, um bares Geld zu verdienen.

Der Bauarbeiter muß alljährlich, an derart mit seiner Familie, in der Regel im Sommer, in die Heimat zurückkehren, um die Ernte zu ernten, in hiesiger Gegend, eine solche Abwesenheit zu erdulden, haben unsere Arbeiter gelernt. Und man hat auch schon vorerwähnt, daß die Bauarbeiter, welche in der Heimat ihren Beruf erlernt haben, sich bei langer Abwesenheit von dem

wurde, die Tage- oder Stundenlöhne recht tief zu halten, ist heute jedem, auch den Irreführten selbst, verständlich. Die Einsicht wäre jedenfalls auch im hiesigen Bezirke früher gekommen, wenn es die damals bestehenden baugewerblichen Organisationen verstanden hätten, die Arbeiter-Interessen zu vertreten, statt diese treu zu ihrem Glauben stehende Arbeiterschaft in ihren religiösen Gefühlen zu verletzen, wie dieses, damals noch mehr wie heute, in Festartikeln und Festgedichten in den Verbandszeitungen „freier“ Verbände geschah. Daß der Trieb nach Organisation vorhanden war, ist am besten daraus ersichtlich, daß, als im Jahre 1899 die Verbandsgründung in Berlin vollzogen war und die Tageszeitungen sowohl über die Gründung wie auch über die schwere Bedrückung der Berliner Verbandsmitglieder durch die „Genossen“ berichteten, sich mit einem Schlage ein nie geahnter Trieb zur Organisation bemerkbar machte.

In den drei Großstädten Dortmund, Bochum und Essen setzte nämlich die Organisationsfähigkeit im Baugewerbe christlicherseits schon im Jahre 1899 ein. Eigenständlicherweise an allen drei Orten ohne Einwirkung von außen und ohne jegliche Fühlung unter sich. Dortmund wurde am 1. September 1899 gegründet, Bochum folgte am 26. Oktober und Essen Ende November desselben Jahres. Diese drei Städte sind denn auch in den ersten Jahren der Stützpunkt der Bewegung geblieben, mit unerschütterlicher Entschlossenheit ist von hier aus die Organisation in andere Städte und Ortschaften hineingetragen worden.

Im Sommer 1900 (8. Juli) fand dann in Bochum die erste Konferenz der Verwaltungsstellen - Vorstände statt. Beteiligt waren die Verwaltungsstellen Wipperbeck, Bochum I und II, Vorbeck, Essen, Dortmund, Heheim und Herne. Die Konferenz sollte den Zweck haben, eine systematische Agitation einzuleiten, sowie die Aufbringung der Agitationskosten zu sichern. Es wurde daher eine Agitationskommission eingesetzt, zu deren Vorsitzenden Kollege Schmidt (Bochum), zum Kassierer Kollege Burckhardt (Dortmund) gewählt wurden. Als Agitationsbeitrag wurde beschlossen, pro Mitglied und Quartal 15 Pfennig zu zahlen. Durch diese gegenseitige Fühlungnahme kam denn auch die Agitation in geregelte Bahnen, so daß trotz der Schwierigkeiten, welche durch die mittlerweile einsetzende wirtschaftliche Depression sich bemerkbar machten,

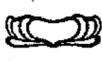
und die schnelle Entwicklung, welche der Verband jetzt nach Überwindung der Krise machte, veranlaßten den Zentralvorstand, noch in demselben Jahre eine Teilung des Bezirkes vorzunehmen und den Kollegen H. G. Böhardt für das obere Rheingebiet, mit dem Sitz in Köln, anzustellen. Die vorhandenen schlechten Arbeitsbedingungen, sowie die jetzt einsetzende gute Konjunktur verursachten in der nächstfolgenden Zeit eine Menge Lohnbewegungen, so daß das ganze Gebiet fast davon betroffen wurde. Die Lohnbewegungen wiederum brachten ein rapides Anwachsen der Mitgliederzahlen, so daß in den größeren Verwaltungsstellen die Verwaltungsgeschäfte nicht mehr im Nebenamt versehen werden konnten. Es wurde daher zunächst in Bochum, Dortmund und Essen zur Umstellung je eines Lokalbeamten geschritten. Mittlerweile hat die Entwicklung angehalten, so daß heute in dem Bezirke an Lokalbeamten tätig sind in Bochum 2, Dortmund 2, Essen 2, Recklinghausen 1, Gelsenkirchen 1, Gladbeck-Buer 1, Oberhausen 1, Duisburg 1, Hagen 1.

Da die bisher gewonnenen Mitglieder in der großen Mehrzahl dem Maurerberufe angehörten, glaubte der Zentralvorstand durch Umstellung von Kollegen aus den andern Bauberufen, auch zwischen diesen die Agitation besser zu fördern. Im März 1905 wurden daher die Kollegen Th. Häuschen (Stukkateur) mit dem Sitz in Essen, Bernh. Zumbrock (Zimmerer) mit dem Sitz in Gelsenkirchen und Fr. Werner (Bauarbeiter) mit dem Sitz in Bochum angestellt. Diese Einrichtung zeigte sich jedoch aus mehreren Gründen als verfehlt, es wurde daher zu einer neuen Einteilung des Bezirkes schon im Jahre 1906 geschritten. Dem Kollegen Zumbrock wurde der jetzige Bezirk Münster zur Verwaltung überwiesen. Der Kollege Werner erhielt den noch bestehenden Bezirk Paderborn zu bearbeiten, während dem Kollegen Häuschen das Sauerland, mit dem Sitz in Hagen, und dem Kollegen Ed. Pfeffer der Niederrhein mit dem Sitz in Oberhausen überwiesen wurde. Diese Einteilung und Besetzung der Sekretariate hat sich, wie die Entwicklung des Verbandes gezeigt hat, gut bewährt, konnte und brauchte jedoch für alle Zukunft nicht so beibehalten zu werden, wie wir noch weiter sehen werden.

Im Jahre 1907 trat dann ein Wechsel in der Person des Sekretärs ein. Der Kollege Schmidt, welcher das Sekretariat seit seinem Bestehen verwaltet hatte, wurde als zweiter Vorsitzender in den Zentralvorstand berufen. An seine Stelle trat der jetzige Bezirksleiter, Kollege Koch, welcher bis dahin den Bezirk Danzig mit Erfolg geleitet hatte.

Im Jahre 1908 erfolgte aus verschiedenen tatsächlichen Gründen nochmals eine Umwälzung des Bezirkes, indem die Bezirke Hagen und Oberhausen aufgelöst wurden. Ersterer wurde ganz, letzterer zum größten Teile dem Bochumer Bezirke zugeteilt. Die Verwaltung des Bezirkes erforderte nach der Verschmelzung eine weitere Kraft. Der Kollege Häuschen verblieb daher in dem Bezirke, verlegte jedoch seinen Sitz ebenfalls nach Bochum. Dem Kollegen Pfeffer dagegen wurde der neugegründete Bezirk Breslau zur Verwaltung überwiesen.

So ist also innerhalb der kurzen Zeit von 10 Jahren aus den ursprünglichen kleinen Ansätzen ein mächtiges Organisationsleben entstanden. Manche Stürme mußten bestanden werden, da uns die Gegner in den „freien“ Verbänden oft den Fehdehandschuh hinwarfen. Aber auch die Arbeitgebererschaft hat es nicht an Versuchen fehlen lassen, die junge Organisation hier zu erdrosseln. Alle Anschläge der Gegner wurden zurückgewiesen. Dieses war jedoch nur dadurch möglich, daß sich an allen Orten Kollegen fanden, welche mit Aufopferung und wirklichem Idealismus unsere gute Sache vertraten. Sie alle hier anzuführen, würde zu weit gehen. Ihnen allen aber herzlichster Dank! Wird es immer so bleiben? Wir hoffen es! Ebenso, wie in Dortmund an die Stelle der uns durch den Tod entrisenen Kollegen Joh. v. Köln und Joh. Nonnen neue Kräfte traten, wird es auch in Zukunft Aufgabe der „Alten“ sein müssen, stets „Junge“ heranzubilden, damit unser Banner allezeit seine Verteidiger findet.  
A. Schmidt.



**Bezirk Breslau.**

Der Bezirk erstreckt sich über Schlesien, einen Teil der Provinzen Posen, Sachsen und Brandenburg; Schlesien, die größte Provinz Preußens (40 313 Quadratkilometer groß) ist von ca. 5 Millionen Menschen bewohnt. Historisch bedeutend ist diese Provinz durch die schlesischen Kriege, welche Preußen mit Oesterreich führte und die Preußen den Besitz dieser Provinz brachten. Jedenfalls ein Zeichen dafür, daß der wirtschaftliche Wert Schlesiens damals schon hoch angeschlagen wurde.

Dieses große Gebiet ist auch von der Natur mit Schönheiten überreich bedacht worden. Die wunderschönen Bergketten längs der österreichischen und böhmischen Grenze, Sudeten, Glazer Schneegebirge, Culengebirge, Riesengebirge usw. werden von Fremden gern besucht. Auch die verschiedensten Badeorte bilden den Anziehungspunkt für Tausende, die über Berge und durch Täler ihren Vergnügungen nachgehen oder in den Bädern die Sommermonate verbringen.

Auch in wirtschaftlicher Beziehung ist Schlesien interessant. Es befindet sich nämlich ungefähr ein Drittel der gesamten Bodenfläche Schlesiens in den Händen des Großgrundbesitzes. Keine Provinz der preussischen Monarchie zählt überhaupt so viele und ausgedehnte Großgrundbesitzkomplexe, mittelbare Fürstentümer, Ständeherrschaften und Fideikomisse wie Schlesien. In Prozent der Besitzungen über 100 Hektar betragen die Latifundien 22,2 Prozent. Von den 31 947 ländlichen Großgrundkomplexen Preußens mit einer Fläche von 9 119 494,7 Hektar entfielen nach den neuesten Erhebungen auf Schlesien nicht weniger als 4205 mit 1 639 537,9 Hektar. (Dr. Kurt Frahm, Die Textilindustrie im Wirtschaftsleben Schlesiens, Tübingen 1905.)

Ist die Landwirtschaft in Schlesien überwiegend, so ist jedoch auch eine ausgedehnte Industrie vertreten. Im ober-schlesischen Industriegebiet sind vorwiegend Montan- und Bergbau, im Wälderburger Bezirk (Mittelschlesien) Kohlenbergwerke. An zweiter Stelle kommt als Gewerbe in Schlesien die Textilindustrie in Betracht (schlesische Leinwandfabrikation), in welcher über 60 000 Menschen beschäftigt sind.

Die alte Christusstandarte,  
Die manchen Sieg gesehn,  
Die ließen von stolzer Warte.  
Wir kühn in die Lande wehn.

Und sieh! Aus den milden Scharen,  
Die ächzend trugen die Last,  
Da kamen die Streiter gefahren  
Und haben die Fahne erfaßt.

Sie legten den Grund mit Treuen  
Und fügten Stein auf Stein,  
Und ließen die Feinde dräuen  
Mit Lästern und höhnischem Schrein.

Jetzt stehen wir fest zusammen  
In unserm stattlichen Haus,  
Und unsere Kräfte entstammen  
Den Wurzeln unseres Baus.

noch im Jahre 1900 und Frühjahr 1901 die Organisation sich in Wanne, Gelsenkirchen, Münster und Weimar Eingang verschaffte. In Bochum schloß sich während dieser Zeit auch der Lokalverein der Stukkateure dem Verbands an.

Auf der ersten Generalversammlung des Verbandes (Berlin, Februar 1901) wurden dann zum Zwecke intensiver Agitation sogenannte Provinzialbezirke geschaffen. Da auf diesem Verbandstage der offizielle Anschluß des Köln-Elb- und Gladbacher Verbandes vollzogen wurde, wurde dem Kollege Joh. Becker (Köln) die Agitationsleitung in der Rheinprovinz übertragen, während in Westfalen der Kollege A. Schmidt (Bochum) damit betraut wurde.

Da die Bewegung während der Krisenzeit nicht nur stagnierte, sondern in den Großstädten sich gar rückwärts entwickelte, wurde auf Veranlassung des Zentralvorstandes die Agitation in den Wintermonaten in die ländlichen Gebiete getragen. Das Eichsfeld wurde von den Kollegen Jacobi und Kott-Hannover bereist, während die beiden ergrauten Kämpfer Burckhardt und v. Köln-Dortmund das Rheingebiet mit Erfolg bearbeiteten. Während derselben Zeit waren die Kollegen Becker und Köder-Fulda mit Erfolg in den hessischen Gebieten tätig. Diese Agitationsmethode erwies sich als erfolgreich und wurde sie daher in den nachfolgenden Wintern mit Fleiß weiter betrieben.

Am 8. August 1902 fand in Herne eine Bezirkskonferenz statt, auf welcher 20 Verwaltungsstellen mit ca. 1100 Mitgliedern vertreten waren. Es ging also trotz der Krise vorwärts. Bis zum Herbst 1902 hatte der Verband außer in den schon genannten Orten noch Eingang gefunden in Hagen, Witten, Dattrop, Wattencheid, Paderborn, Lippstadt, Werl, Schwelm, Recklinghausen, Ballerop, Herloh und Herde. Selbstverständlich ging die Bewegung in den rheinischen Gebieten ebenso vorwärts, so daß es fast unmöglich war, die Agitation in diesen Gebieten ohne eine feste Kraft, welche sich ausschließlich der Bewegung widmen konnte, vorwärts zu bringen. Der 2. Verbandstag (Essen, März 1903) trug den Verhältnissen Rechnung und durch die Umstellung eines besoldeten Beamten (Kollege A. Schmidt) Bochum betraut. Der Gang der Dinge

Darans ist zu ersehen, daß Schlesien in wirtschaftlicher Beziehung von eminenter Bedeutung ist. Doch trotz aller Vorzüge und Bedeutung, trotz Naturschönheiten und aller reichen Grafen, Fürsten und adligen Großgrundbesitzer, trotzdem die Besitzer der Berg- und Hüttenwerke, der großen Textilunternehmungen riesenreiche Unternehmer sind, genießt Schlesien doch einen traurigen Ruhm. Es ist überall bekannt als das klassische Gebiet des Arbeiterelendes. Jedoch nicht nur in Schlesien, sondern auch in den polnischen Grenzorten, sowie in der Nieder- und Ober-Lausitz ist dies der Fall.

Kein Wunder ist es daher, daß besonders aus Schlesien in jedem Frühjahr Hunderte von Maurern und Zimmerern nach Rheinland und Westfalen abwandern. Geradezu empörend aber auch ist hier in manchen Kreisen die Behringssüchtigkeit und die Frauenarbeit. Mit Vorliebe beschäftigen die Arbeitgeber billige weibliche Arbeitskräfte und diese, froh, etwas zum Unterhalt der Familie mitzubringen zu können, greifen zu allen Arbeiten. Man trifft verheiratete und ledige Arbeiterinnen bei Beschäftigungen, wozu nur die kräftigere Männerfaust herangezogen werden sollte. Im Regierungsbezirk Oppeln stieg die Zahl der Arbeiterinnen von 22 934 auf 24 428, im Regierungsbezirk Breslau von 40 917 auf 42 099; im Regierungsbezirk Liegnitz war Mangel an Arbeiterinnen. Da ist die Frau anzutreffen bei Arbeiten auf den Gruben, im Baugewerbe, auf den Ziegeleien, Ton- und Kiesgruben, bei der „Kotte“, auf der Bahn usw. Während der Schulferien wurden aus einem einzigen Grenzort 15 Kinder, darunter sechs noch nicht zwölfjährige, in einer österreichischen Stadt als Handlanger beschäftigt.

Unsere Organisation ist zwar schon seit 1900 hier in einigen Orten vertreten, jedoch in dem großen Bezirk zu wenig bekannt geworden. Erst seit einem Jahre, nachdem der Zentralvorstand dazu überging, Breslau zu einem eigenen Bezirk zu machen, wurde die Agitation in diesem Gebiet eifrig aufgenommen.

In den älteren Zahlstellen wie Breslau, Gosschütz, Kempen, Glogau, Gürlich, Dstrix, Wartenberg und Sagan haben es die Kollegen verstanden, die Zahlstellen innerlich wie äußerlich auszubauen. Auch befinden sich in diesen Zahlstellen Kollegen, die den Organisationsgedanken voll und ganz begriffen haben und denen es bei gutem Willen möglich sein wird, die Mitgliederzahl bald zu verdoppeln.

In der Grafschaft Glatz, wo unsere Organisation gut eingeseht hatte, ist leider der Indifferentismus, die Interessenlosigkeit, sowie die Furcht vor den Arbeitgebern sehr groß und daher ein sehr schweres Arbeiten.

In Plettschau und Münslerberg scheint die Bewegung besser eingeseht zu haben.

In Kreuzburg-Konstadt (D.-Schl.), sowie in den umliegenden Orten ist unsere Organisation stark vertreten und sind nur noch wenige Unorganisierte vorhanden.

In Landeshut, Schömberg, Grüssau, Görtelsdorf und Umgegend liegt die Agitation in allzu wenigen Händen und daher auch kein so leichtes Vorkommen.

In Schönau a. d. R., Rauffung und Umgebung erhielten die Kollegen durch das Einschreiten unserer Organisation 6-7 Pfg. Lohnerhöhung und ließen, nachdem ihr Ziel erreicht, die Organisation zu drei Vierteln wieder fahren.

In der Nieder- und Oberlausitz war das Vorkommen seither noch schwer, jedoch sind jetzt Ausflüchten vorhanden, auch dort weiter Fuß zu fassen.

Erfreulicherweise geht es auch in Breslau und Umgebung, wie in Dels, Briege, Schawoine, Trebnitz usw. voran.

Unsere Aufgabe ist es nun, auch für fernerhin eifrig auf dem Posten zu sein, damit in unserem Bezirk bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht werden.

In Glatz, Habelschwert, Landeck, Münslerberg, Namslau und noch einigen Orten wurde durch unser Eingreifen der Stundenlohn um 2 bis 4 Pfg. pro Stunde erhöht.

Auch hat sich unsere Mitgliederzahl im Bezirk innerhalb eines Jahres nahezu um 1000 vermehrt.

Arbeiten wir in dem Sinne nun weiter, damit es uns gelingt, Massen in unserer Organisation zu sammeln, um dadurch auch in unserem Bezirk dem Bauhandwerker ein besseres Los zu verschaffen, zum Wohle der Gesamtheit. Diesen Wunsch möchte ich ausprechen bei dem zehnjährigen Bestehen unseres Verbandes.

G. Pfeffer.



**Bezirk Cöln.**

In der zweiten Hälfte der 1890er Jahre machte sich unter der Bauarbeiterschaft im Rheinland ein allgemeines Streben nach sozialer Vertätigung und beruflichem Zusammenfluß bemerkbar. Während ein Teil sich den sozialdemokratischen Organisationen angeschlossen, die sich „freie Gewerkschaften“ nannten, drängte der andere Teil zum Zusammenschluß auf christlicher Grundlage.

Am 2. Januar 1898 fand in Cöln im „Fränkischen Hof“ eine, von der in Cöln vorhandenen sozialen Konferenz einberufene Versammlung der Bauhandwerker und Bauarbeiter statt. Zweck der Versammlung war die Gründung eines Berufsvereins auf christlich-nationaler Grundlage. Die Gründung wurde perfekt. Als Vorsitzender wurde der Maurer Joh. Becker gewählt. Der Verein nannte sich: „Gewerkverein christlicher Maurer, Steinmehrer, Stuckateure, Kanalarbeiter und Erdarbeiter, sowie aller in Ziegeleien, Ziegeleien, Kalkbrennereien usw. beschäftigter Arbeiter.“ Der Gewerkverein war zugleich als Zentralverein gedacht, der sich von Cöln aus über die ganze Rheinprovinz, eventuell über ganz Deutschland erstrecken sollte.

Das Statut des Verbandes betrafte in den Hauptpunkten folgendes:

- 1. Der Gewerkverein bezweckt, den Schutz und die Förderung der Rechte und Interessen seiner Mitglieder nach christlichen Grundsätzen und auf gegenseitigem Wege. Derselbe hat seinen Sitz in Cöln. (Zentrale Cöln.)
- 2. Der Gewerkverein setzt sich zur Aufgabe:

- 2. Herbeiführung einer angemessenen Arbeitszeit.
- 3. Schutz des Arbeiters gegen Unfälle, Gefahren der Gesundheit und Sittlichkeit.
- 4. Vertretung der Rechte und Interessen der Mitglieder gegenüber den Unternehmern, Behörden und gesellschaftlichen Körperschaften.
- 5. Unterstützungen in Notfällen.
- 6. Geistige Hebung, Fortbildung der Fachkenntnisse, Aufklärung über alle das Gewerbe betreffenden gesellschaftlichen Bestimmungen und Vorschriften.

Diese Zwecke sollten erreicht werden:

- 1. Durch Arbeiterausschüsse, die auch bei Differenzen und Streiks die Mitwirkung übernehmen sollten.
- 2. Regelung des Arbeitsnachweises.
- 3. Durch Pflege der Berufsstatistik.
- 4. Wohnungsreform.
- 5. Gewährung von Rechtsschutz in Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis, soweit dieselben zur Kompetenz der Gewerbegerichte gehörten.
- 6. Erstattung von Gutachten an die Behörden und Parlamente.
- 7. Wahl geeigneter, christlich überzeugter Gewerbegerichtsbeisitzer und sonstiger Vertreter in den sozialen Instituten.
- 8. Errichtung einer Hilfskasse für besondere Fälle.
- 9. Durch Versammlungen und Vorträge unter Ausschluß jeglicher konfessionellen und parteipolitischen Erörterungen, sowie durch kostenfreie Zusendung des Verbandsorganes.

Mitglied konnten alle in den oben angeführten Gewerben beschäftigten, über 18 Jahre alte Gesellen und Arbeiter werden. Das Eintrittsgeld betrug 50 Pfennig. Der monatliche Beitrag 25 Pfennig.

An der Spitze des Verbandes standen ein Präsident und zwei Vizepräsidenten, I. Schriftführer, I. Kassierer, deren Stellvertreter und 12 Beisitzer. Die Generalversammlung hatte einen Revisionsausschuß von fünf Mitgliedern zu wählen, der monatlich die Kasse zu revidieren hatte.

Die Gründung und das Bestehen des Gewerkvereins, sowie anderer christl. Berufsverbände, hatte die Sozialdemokratie ganz nervös gemacht. Mit allen Mitteln suchte dieselbe den Gewerkverein zu bekämpfen und denselben bei der Arbeiterschaft verächtlich zu machen. Vor den größten Lügen und Verleumdungen schreckte dieselbe nicht zurück.

Nicht wollen wir frevelnd zerstören,  
Was unsere Väter erdacht,  
Wir wollen zum Ganzen gehören  
Und daran wirken mit Macht.

Nicht haben wir verloren  
Den vaterländischen Brauch:  
Als Deutsche sind wir geboren,  
Als Deutsche fühlen wir auch.

Wie unsre Ahnen es taten,  
So stehn wir zu Kaiser und Reich,  
Wir schirmen die heimischen Saaten  
Und schützen uns zugleich.

Doch was wir mit unsern Händen  
Erzeugten in harter Fron,  
Dafür soll man uns spenden  
Den schwer erworbenen Lohn.

Die größte Verleumdung war, der Gewerkverein sei von den Unternehmern gegründet, und wäre derselbe berufen, nicht die Interessen der Arbeiter, sondern die der Unternehmer wahrzunehmen. Aus den Statuten und auch den später geschilderten Erfolgen des Gewerkvereins wird jeder die Wahrheit ersehen.

Ueber die Entwicklung liegt wenig Material vor. Das erklärt sich dadurch, daß alle Kollegen im Arbeitsverhältnis standen. Im April 1899 fand die erste Generalversammlung in Cöln statt. Aus einem Bericht, welcher im „Cölnener Christlichen Arbeiterfreund“ veröffentlicht wurde, geht folgendes hervor: „Der Zentralvorsitzende Joh. Becker berichtete, daß Zahlstellen in Cöln mit 19 Mitgliedern, Frechen 75, Gürth 28, Nippes 21, Riehl 16, Sülz 18, Badem 24, Hücheln-Buschbell 27, Horrem 29, Raff 10, Deutz 16, Düsseldorf 65 und Mülheim a. d. Ruhr 30 Mitglieder beständen. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 443 Mark, die Ausgabe betrug 219 Mark. Mit hin blieb ein Kassenbestand von 224 Mark.“

Auf dieser Generalversammlung wurde der Titel des Gewerkvereins geändert. Es wurde der Titel Berufsverein christl. Bauhandwerker und verwandter Berufe angenommen. Ein Antrag auf Aenderung des Statuts wurde zurückgezogen. Auch wurde auf dieser Generalversammlung die Organ-Frage diskutiert. Die allgemeine Meinung ging dahin, ein eigenes Organ herauszugeben. Da die Finanzen die Herausgabe vorläufig noch nicht erlaubten, wurde die Frage aufgeworfen, ob man den in Cöln erscheinenden „Christl. Arbeiterfreund“ oder die neugegründete „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, M.-Glabach, als obligatorisches Organ nehmen wolle. Beschlossen wurde, jedem Mitglied den „Christl. Arbeiterfreund“ auf Verbandskosten zuzustellen. Der Beitrag wurde auf 40 Pf. pro Monat erhöht. Davon mußten zwei Drittel an die Zentrale abgeführt, werden und ein Drittel verblieb den Zahlstellen zum Zwecke der Agitation. Ein Antrag auf Einführung einer Unterstützungsstelle respektive Krankengeldzuschusse wurde für die spätere Generalversammlung zurückgestellt. Als Zentralvorsitzender wurde Joh. Becker-Cöln wiedergewählt. Auch wurde derselbe als Delegierter zum ersten christl. Gewerkschaftskongress, welcher

einige Zeit später in Mainz stattfinden sollte, gewählt. Ein Antrag Düsseldorf, dem Reichstags die Beschwerden und Wünsche der Bauarbeiter um besseren Bauarbeiterchutz in einer Eingabe zu übermitteln, wurde dem Zentralvorstand überwiesen. U. a. beschäftigte sich die Generalversammlung mit der Vertüfung der Arbeitszeit, Regelung der Pausen und mit der Unsitte, die Lohnzahlung in Wirtschaften vorzunehmen.

Am 6. August 1899 fand eine außerordentliche Generalversammlung in Düsseldorf statt. Erster Punkt war die Beratung über den Anschluß an die Zentrale des Verbandes christl. Maurer und verwandter Berufe Deutschlands, Sitz Berlin. Es wurde beschlossen, mit der Berliner Zentrale in Verbindung zu treten, und ein Ausschuß gewählt, dem die Angelegenheit überwiesen wurde. Als Ausschußmitglieder wurden Joh. Becker, Maurer, Cöln, August Köhnen, Stuckateur, Düsseldorf, und Anton Schüller, Zimmerer, Mülheim a. d. Ruhr, gewählt. Die M.-Glabbacher Delegierten verhielten sich in dieser Frage zurückhaltend.

Auch kam die Organfrage wieder zur Sprache, die jedoch mit Rücksicht auf die Verhandlungen mit der Berliner Zentrale zurückgestellt wurde, ebenso die Gründung von Unterstützungsstellen.

Im folgenden Jahre (1900) fand die Generalversammlung in M.-Glabach statt. Auf derselben wurde in der Hauptsache die Frage des Verbandsorgans behandelt. Vom M.-Glabbacher Bezirk, vor allen von Herrn. Neoben wurde anstatt des „Christl. Arbeiterfreundes“ für die Herausgabe eines eigenen Verbandsorgans Propaganda gemacht. Um einer Zersplitterung vorzubeugen, wurde die Herausgabe eines eigenen Verbandsorgans beschlossen, und dem Vorsitzenden M.-Glabbacher Zahlstelle, Herrn. Neoben, die Redaktion übertragen. Das Verbandsorgan führte den Namen „Mitteilungen für den Berufsverein christl. Bauhandwerker und verwandter Berufe“. Nach kurzem Bestehen mußte das Organ, wegen finanzieller Schwierigkeiten, wieder aufgegeben werden, wodurch die Mitglieder ohne jegliche Fühlung waren, was auch einen Rückgang der Mitgliederzahl zur Folge hatte.

Mittlerweile tagte in Frankfurt a. Main zu Pfingsten 1900 der 2. Christliche Gewerkschaftskongress. Der Zentralvorstand des Verbandes christl. Maurer und verw. Berufe, Sitz Berlin, hatte aus diesem Anlaß eine Konferenz seiner bestehenden Zahlstellen und dazu auch die Vertreter des Cölnener Verbandes eingeladen. Hier kam eine Einigung dahin zustande, daß eine einheitliche Zentrale für Deutschland anzustreben sei. Die Delegierten versprachen, in den Zahlstellen für die Einigung einzutreten. Der provisorische Anschluß wurde sofort vollzogen und die Beiträge für das zweite Halbjahr 1900 nach Berlin entrichtet. Auf der ersten Generalversammlung des Verbandes christl. Maurer und verw. Berufe im Jahre 1901 in Berlin erfolgte dann der offizielle Anschluß an die Zentrale Berlin mit 257 Mitgliedern und dem vorhandenen Vermögen, jedoch mit der Maßgabe, daß der Zentralverband für die einzelnen Provinzen Provinzialbezirke errichtet.

Als Vorsitzender des Provinzialbezirks wurde der bisherige Zentralvorsitzende Kollege Joh. Becker auf der Generalversammlung in Berlin gewählt. Ihm zur Seite stand ein Agitationsausschuß. Die Agitation wurde mit Energie und Erfolg betrieben. Bei den Lohnbewegungen, deren sehr viele geführt wurden, machte sich das Fehlen eines freigestellten Bezirksleiters empfindlich bemerkbar. Dieses zeigte sich besonders bei dem Streik in Koblenz im Jahre 1902.

Auf der Generalversammlung in Essen im Jahre 1903 wurde der Kollege Ant. Schmidt aus Bochum für Westdeutschland angestellt und somit ihm auch der Cölnener Bezirk übertragen. Durch den im Jahre 1903 geführten Kupferstreik in Cöln, welcher 17 Wochen dauerte, kam es zu einer allgemeinen Aussperrung der gesamten Maurer und Hilfsarbeiter. Aus diesem Anlaß und um die Agitation besser zu betreiben, wurde der Kollege Heinv. Göbhardt als Bezirksleiter des Cölnener Bezirks seitens der Zentrale bestimmt. Im Herbst des Jahres 1904 wurde Göbhardt vom Zentralvorstand als Redakteur der „Baugewerkschaft“ nach Berlin bestellt und als sein Nachfolger der Kollege Lange, Gründer des Verbandes in Essen a. d. Ruhr, berufen.

Die Abgrenzung des Agitationsbezirks Cöln hat mehrere Male eine Aenderung erfahren. Durch die Errichtung des Agitationsbezirks Niederrhein 1905 wurden M.-Glabach und Krefeld abgetrennt und diesem neuen Bezirke zugeteilt. In demselben Jahre wurde auch das Siegerland an den Bezirk Frankfurt abgetreten. Beide Gebiete sind im Jahre 1908 dem Cölnener Bezirk wieder zugeteilt. Ersteres aus dem Grunde, weil der Niederrheinische Bezirk wieder aufgelöst wurde, und letzteres, weil der Siegerländer Arbeitgeberverband dem Verein der Arbeitgeberverbände von Rheinland und Westfalen beigetreten ist und die Tarifverhandlungen durch diesen geführt werden.

Hervorzuheben verdient noch, daß durch die Gründung des Zentralverbandes christl. Keram- und Steinarbeiter im Jahre 1908 acht Steinarbeiter-Zahlstellen mit 189 Mitgliedern diesem zugeführt wurden.

Ueber die Mitgliederzahlen, Anzahl der Zahl- und Verwaltungsstellen gibt folgende Tabelle Aufschluß. Die Verwaltungsstelle Siegen ist nicht miteingerechnet. Die Angaben können jedoch erst vom Jahre 1904 IV. Quartal gemacht werden.

Jahr	Quartal	Mitgliederzahl	Zahlstellen	Verwaltungsstellen
1904	IV.	2244	48	—
1905	IV.	3667	71	1
1906	IV.	5710	117	8
1907	durchschnittl.	5682	137	11
1908	—	4931	154	14

Bis zum Jahre 1905 war jede Zahlstelle selbständig. Da die Zahlstellen eines Lohngebietes bzw. eines engen Bezirkes viele gemeinsame Interessen haben, die nur gemeinschaftlich wahrgenommen werden können, wurden die Zahlstellen zu Verwaltungsstellen zusammengeschlossen. Durch die Zentralisation wurde es ermöglicht, Totalbeamte anzustellen, wodurch die örtlichen Interessen der Kollegen mit mehr Wirksamkeit vertreten und die Agitation energischer betrieben werden konnte. Mögen unsere Kollegen

und dieser kurzen Entwicklungsgeschichte lernen und auch in Zukunft ihre ganze Kraft für die Ausbreitung des Verbandes einzusetzen.

Bezirk Danzig.

Kaum war die definitive Gründung unseres Verbandes in Berlin vollzogen, da machte sich auch in Ost- und Westpreußen der christliche Gewerkschaftsgedanke, unter der Bauarbeiterschaft geltend.

Zuerst reifte derselbe in Westpreußen, nämlich in Ostb. wo sich schon im August 1900 22 Kollegen unserm Verbände anschlossen.

Darauf traten, am 16. September 1900, in Allenstein die gesamten 55 Mitglieder des sozialdemokratischen Maurerverbandes zu uns über.

Am 4. November 1900 wurde in Zoppot eine Zahlstelle von 52 Mitgliedern errichtet.

Am 13. Mai 1903 schlossen sich in Danzig 12 Kollegen, am 22. August 1903 in Neustadt W.-Pr. 6 Kollegen, am 1. November 1904 in Marienburg 26 Kollegen, am 11. Dezember 1904 in Königsberg 25 und in Groß-Ras und Parthaus circa 30 Kollegen unserem Verband an.

Die jungen Zahlstellen entwickelten sich, mit einer Ausnahme, nämlich der in Karthaus, die gleich wieder einging, von Woche zu Woche, so daß wir Ende 1904 rund 1200 Mitglieder zu verzeichnen hatten. Mit dem Erstarken unseres Verbandes machte sich aber auch der Wunsch geltend, für Ost- und Westpreußen einen Kollegen freizustellen, um die Agitation und Organisation besser fördern zu können.

Da auch unser Zentralvorstand diese Notwendigkeit erkannte, wurde am 5. März 1905 in Danzig ein Sekretariat errichtet und zur Leitung desselben meine Person damit betraut.

Von da ab nahm das Leben in den einzelnen Zahlstellen bedeutend zu. Die Mitgliederzahl vermehrte sich so, daß wir am Jahreschluß 1905 im Bezirke Ost- und Westpreußen rund 2450 Mitglieder zählten.

Um die Agitation im Osten noch intensiver zu gestalten, wurde der Bezirk Ost- und Westpreußen geteilt und am 9. Februar 1906 in Königsberg ein Sekretariat für Ostpreußen errichtet und Kollege August Schönkäs aus der Zahlstelle Braunschweig für die Agitation bestimmt.

Auch diese Freistellung war mit Erfolg gekrönt, denn schon am Jahreschluß 1906 konnten wir im Bezirk Ostpreußen 1531 Mitglieder verzeichnen.

Dieser Erfolg steigerte sich weiter, so daß wir am Schluß 1907 1728 und 1908 1633 Mitglieder aufzuweisen hatten.

Auch in Westpreußen, wo man bei der genannten Teilung des Bezirkes schlecht abgeschnitten hatte, machten wir weitere Fortschritte.

Wir hatten hier am Jahreschluß 1906 1321, 1907 1403 und 1908 1200 Mitglieder zu verzeichnen. Die Agitation und Ausbreitung unseres Verbandes wurde uns und wird uns heute noch hier oben riesig erschwert, und zwar: 1. durch die Sozialdemokraten und deren Gewerkschaften, 2. durch die Unternehmer, 3. durch die Befürworter der katholischen Fachabteilungen, 4. durch die Polizeibehörden und 5. durch den riesigen Antisemitismus und die Gleichgültigkeit so mancher Kollegen.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die in Ost- und Westpreußen ziemlich stark vertreten sind, waren sehr erbozt, als wir hier die erste Zahlstelle unseres Verbandes errichtet hatten und schworen uns den Kampf bis zur völligen Vernichtung.

Als dann gleich darauf der ganze Zweigverein der sozialdemokratischen Maurer in Allenstein, trotzdem der damalige Gauleiter „Genosse Schwarz“, um die Neutralität zu „beweisen“, die Anschaffung einer Fahne mit dem Herz-Jesu-Bilde gestattet hatte, zu uns übertrat, da gebärdeten sich die „Freiheitshelden“ wie die Bestien und bekämpften uns mit den gemeinsten Waffen.

Dieser Kampf wurde immer heftiger und steigerte sich zu einer besonderen Höhe, als wir den ersten Kollegen für die Agitation freigestellten.

Gleich nach seiner Ankunft wurde Kollege Koch zu einer öffentlichen Genossenversammlung geladen, wo ihm von dem „Genossen“ Grünhagen eröffnet wurde, daß seines Bleibens nur noch ein paar Wochen sein würde. Der „Obergenosse“ Schwarz ging noch weiter und rief laut aus, in Königsberg, auf dem hohen Berge wäre ein Galgen gebaut, woran wir gehängt würden.

Daß all der wilde Kampf keinen Erfolg hatte, das beweist die ansehnliche Zahl unserer Mitglieder. Auch die Unternehmer in Zoppot, Neustadt, Dirschau, Allenstein und Braunschweig hielten es zunächst nicht für nötig, uns anzuerkennen.

In Neustadt mußten wir sogar einen 13wöchigen Kampf um die Anerkennung unserer Organisation führen.

Die Befürworter der katholischen Fachabteilungen traten uns in Allenstein und Elbing gewaltig entgegen und machten verzweifelte Anstrengungen, um die katholischen Kollegen von unserem Verbände fernzuhalten.

Im Jahre 1906 war es auch die polnische Berufsorganisation, die uns viele Schwierigkeiten machte.

Auch die Polizeibehörde machte uns in den verschiedenen Orten, besonders in Peshen im Kreise Marienwerder, große Schwierigkeiten und schredte sogar vor Galabtreibungen nicht zurück.

Daß die Berufskollegen, die 11, 12 und 13 Stunden täglich arbeiten und sich mit einem Hungerlohn zufrieden geben müssen, nicht leicht für die edlen Gewerkschaftsbewegungen zu bewegen sind, kann sich wohl ein jeder selbst vorstellen.

Solche elende Verhältnisse waren aber beim Einsetzen unserer Organisation in Ost- und Westpreußen noch recht viel zu verzeichnen.

Trotz und Widerstand machte unser Verband, wie wir oben gesehen haben, ansehnliche Fortschritte, und müssen unsere Gegner einsehen, daß der christliche Gewerkschaftsgedanke in Ost- und Westpreußen mit den geliebten oder abhülligen Mitteln auszurollen ist.

Nachdem wir in den verschiedensten Orten, wo wir unsern Verband eingeführt hatten, einigermassen erstarkt waren, versuchten wir die Löhne unserer Berufskollegen zu verbessern und die lange Arbeitszeit zu verkürzen, wie überhaupt bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und menschenwürdige Behandlung für unsere Kollegen zu erstreben. Daß uns dieses, wenn auch vielfach erst nach langwöchigen Streiks oder Aussperrungen, auch gelungen ist, beweisen wohl am besten folgende Stichproben:

In Zoppot wurden im Jahre 1900 folgende Stundenlöhne gezahlt: für Maurer 30-35 Pf., für Zimmerer 27-30 Pf. und für Bauhilfsarbeiter 13-18 Pf. Dagegen im Jahre 1909: für Maurer 53 Pf., für Zimmerer 51 Pf. und für Bauhilfsarbeiter 38 Pf.

In Neustadt W.-Pr. wurden im Jahre 1905 gezahlt: für Maurer 30-32 Pf., für Zimmerer 23-25 Pf. und für Bauhilfsarbeiter 14-17 Pf. pro Stunde. Dagegen im Jahre 1908 schlossen wir einen Vertrag ab, der 46 Pf. für Maurer, 42 Pf. für Zimmerer und 29 Pf. für Bauhilfsarbeiter vorsah.

In Danzig erhielten 1903 die Maurer 40-44 Pf., die Zimmerer 38-42 Pf. und die Arbeiter 28-32 Pf. Im Jahre 1909 dagegen wurde ein Stundenlohn für Maurer von 55 Pf., für Zimmerer von 53 Pf. und für Bauhilfsarbeiter von 38 Pf. tariflich festgelegt.

In Ostb., wo bis zum Frühjahr 1906 Stundenlöhne nach Willkür gezahlt wurden, gelang es uns im Frühjahr 1906, den Danziger Vertrag zur Anerkennung zu bringen. Seit der Zeit ist Ostb. dem Danziger Vertragsgebiete angeschlossen und erhalten dort unsere Kollegen denselben Stundenlohn, wie er in Danzig gezahlt wird.

In Allenstein wurden bis zum Frühjahr 1905 Stundenlöhne von 32 bis 40 Pf. für Maurer, 28-38 Pf. für Zimmerer und 13 bis 20 Pf. für Bauhilfsarbeiter gezahlt. Heute werden 52 Pf. für Maurer und Zimmerer und 33 Pf. pro Stunde für Bauhilfsarbeiter gezahlt.

In Königsberg, wo bis zum Jahre 1905 die Löhne der Bauhilfsarbeiter noch nicht vertraglich geregelt waren und 25-28 Pf. Stundenlohn gezahlt wurden, schlossen wir im Jahre 1905 einen Vertrag ab, wonach 35 Pf. gezahlt werden mußten. Nach dem Verträge, der im April 1909 abgeschlossen wurde, erhalten die Erdarbeiter 35 Pf., die Scharwerks- und Abbrucharbeiter 38 Pf. und die Kalk-, Ziegel- und Estrichträger 45 Pf. pro Stunde. Ähnliche Lohnerhöhungen wurden im Kreise Danziger Höhe,

Dieburg i. H. die erste Gründungsversammlung stattf. Ihr folgten Mainz am 28. Oktober desselben Jahres, Rostheim am 26. November und Frankfurt a. M. am 1. Dezember. Es war ein wahres Gründungsfeber, geboren aus dem ersten Hauch der Begeisterung für die christliche Gewerkschaftsfrage. In Saarbrücken, Romberg, Niederbrechen, Marborn, Almhain, Albstadt, Selbdenbergen, Oberbrechen, Groß-Zimmern, Flieden, Magdlos, Oberforst, Kleinkarben, Himbach, Schwelm, Obererbach, Hembach, Oststadt, Kirsdorf i. W., Offenbach a. M., Obermörlen, Oberursel, Mainaschaff u. a. fand die christliche Organisation Eingang. Fulda wurde am 14. Januar 1900 gegründet.

Die Hoffnungen, die man auf diese guten Ansätze hätte stellen können, haben sich leider nicht erfüllt. Sie konnten es nicht, da es in erster Linie an der nötigen Führung fehlte. Umstände anderer Art, wie mangelnder Opferinn und bergleichen traten hinzu. Die Beitragserhöhungen, die von der ersten Generalversammlung des jungen Verbandes notgedrungen vorgenommen werden mußten, brachten eine starke Ernüchterung. In Frankfurt a. M. selbst mußte nach der in 1899 erfolgten eingegangenen Aussperrung, die leichtfüßigerweise herausbeschworen worden war, ein scharfer Kampf um die Einhaltung der zehntündigen Arbeitszeit mit den eigenen Kollegen geführt werden. Unter Mitgliedern nahmen es mit dieser Aufgabe sehr ernst und schlossen ohne weiteres jeden, der sich nicht fügte, aus. Auf der Gegenseite tat man dieses nicht so. Wer die Verhältnisse unserer Frankfurter Kollegen kennt, der wird begreifen, daß sie sich nicht so ohne weiteres mit der 10stündigen Arbeitszeit abfinden würden. Da war erst gründliche Aufklärung und auch die Erhöhung der Stundenlöhne nötig. Aber von diesem Zeitpunkt an nahm der Versammlungsbefuch rapid ab und die Reihen lichteteten sich stark. Die meisten Zahlstellen gingen ein - Trümmersfelder einer Hoffnungsstrobegonnenen Arbeit. Nur die Verwaltungsstelle Fulda hielt sich besser, da der in 1900 geführte Kampf wenigstens einem Teil der Kollegen die wahre Bedeutung der Organisation gezeigt hatte. Das Selbstbewußtsein hatte dadurch eine gute Stärkung erfahren. Bei Bestehenbleiben des damaligen Zustandes wäre jedoch mit einem gänzlichen Einschlagen des christlichen Gewerkschaftsgedankens im mitteldeutschen Bezirk zu rechnen gewesen. Von verschiedenen Gesichtspunkten aus wäre das ein für uns nicht wieder gutzumachender Nachteil geworden.

Die allgemeine Lage unseres Verbandes in den Jahren 1901 und 1902 erforderte gebieterisch eine Veränderung in der Verwaltung und Agitation. Um die Verbandsgeschäfte und die Ausbreitung der Organisation in feste und ruhige Bahnen zu lenken, war die Abgrenzung in bestimmte Bezirke nötig, mit deren Leitung völlig unabhängige Personen betraut werden mußten. Ideen werden vom Personen unter das Volk getragen, das trifft besonders bei der großen Masse zu. Die gewerkschaftliche Betätigung in all ihren Zweigen erforderte eine feste Stütze. Die Generalversammlung in Essen im Jahre 1903 beschloß denn auch, vorerst drei große Bezirke zu bilden. Der mitteldeutsche mit dem Sitz in Frankfurt a. M. wurde dem Kollegen Jol. Becker zur Leitung anvertraut.

In diesem Bezirk gehörte zunächst ganz Süddeutschland. Eine energische und zielklare Bearbeitung des eigentlichen Frankfurter Bezirkes, so wie er heute ist, war durch diesen Umstand nahezu unmöglich. Und in einem so weiten Gebiet den Gang der Verhältnisse unter den eigenen Willen, fast ohne jede sichere Hilfe, zu zwingen, war ebenso unmöglich. Ohne dieses aber ist eine wirklich fruchtbringende Arbeit undenkbar. Heute hierhin gerufen, morgen dorthin; hier ein Lohnstreik, dort etwas anderes. Jede Dispositionierung wurde über den Haufen geworfen. Auch ein anderer Moment stand unserem Vordringen hindernd im Weg: Während in den übrigen Gebieten, z. B. dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts noch eine zu 90 Prozent unorganisierte Arbeitererschaft im Baugewerbe vorhanden war, hatte man im Mitteldeutschland mit starken alten Beständen der gegnerischen Organisationen zu rechnen, mit einer Anzahl von Beamten an der Spitze, die in langjähriger Gewerkschaftsarbeit sich eine gute Erfahrung gesammelt hatten. Wir dagegen standen noch am Anfang unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit. Es mangelten uns die erprobten Wege der Praxis. Und mit dem warmen Herzen allein ist es auch nicht getan. Es war wirklich keine Kleinigkeit, sich, aller Hilfsmittel und Erfahrung bar, an die Spitze eines solchen Bezirkes zu stellen. Die Wege durch die bestehenden Schwierigkeiten mußten in mühsamer Weise selbst gesucht werden. Es ist gut, daß man die Schwierigkeiten einer übernommenen Aufgabe nicht vorher kennt, man würde sonst davon zurückschrecken. In jenen Gebieten mit einer organisatorisch zurückgebliebenen Arbeitererschaft konnten die führenden Kollegen sich mit der Masse gleichzeitig geistig emporarbeiten. Das können wir ja heute sagen.

Die kommenden Jahre waren dann der eifrigen Ausbreitung des Verbandes gewidmet. Im Jahre 1904 mußte das Hauptgewicht auf die zahlreichen Lohnbewegungen gelegt werden: Die langwierigen Streiks in Fulda, Wschaffenburg u. a., sowie die große Aussperrung in Mitteldeutschland. In der Marburger, Wschaffenburg, der Rhein- gegend, sowie auf dem Westerwald fanden wir Eingang. Alte Zahlstellen wie Kirsdorf, Oberursel, Obermörlen, Dieburg und Groß-Zimmern wurden wieder errichtet. Die Verwaltungsstelle Frankfurt a. M. war durch die Zentralisierung mit den umliegenden Zahlstellen soweit erstarkt, daß sie zur Anstellung eines Lokalbeamten übergehen konnte. Kassel, das früher zu dem Bezirk Hannover gehörte und sich gut entwickelte, dank der Tätigkeit eifriger, tüchtiger Kollegen, wurde dem Bezirk Frankfurt zugeteilt. Inzwischen war die Bewegung in Süddeutschland so weit vorgeschritten, daß in 1905 der Bezirk Saarbrücken, 1906 Karlsruhe, Nürnberg und München mit je einem bescheidenen Bezirksleiter an der Spitze gebildet werden konnten. Damit erfuhr der Frankfurter Bezirk seine engere Umgrenzung. In 1906 wurde das Siegerland ebenfalls an Frankfurt angegliedert, das ja nunmehr infolge der besonderen Konstellation wieder an den Kölner Bezirk abgetreten worden ist.

Die Mitgliederzahl entwickelte sich im Bezirk Frankfurt von 1902 an wie folgt:

Das wir von allen Sorgen Um unser Leben frei, Nicht bangen vor dem Morgen Und unsrer Kinder Schrei. Das wir nach Tages Mühen Mensch unter Menschen sind, Uns freuen am Erblühen Von Haus und Hof und Kind. Wie alle Bürger wollen Wir gelten im Vaterland; Man soll uns Achtung zollen — Wir ehren jeden Stand.

in Brauß, Pladau, Francken, Goltkau, Alschkau, ferner in Dirschau, Peshlin usw. erzielt. Auch wurden die Lohnzuschläge für Landarbeiten, Ueberstunden, Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeiten wesentlich verbessert und vertraglich geregelt.

Ebenfalls wurde die 11- bis 12stündige Arbeitszeit in allen Orten, wo wir Einfluß haben, beseitigt und die 10stündige Arbeitszeit eingeführt.

Auch die geistige Hebung unserer Kollegen wurde überall angestrebt und können wir auch auf diesem Gebiete von einem erfreulichen Fortschritt berichten.

Selbst der Vorsitzende des Arbeitgeberbundes in Neustadt W.-Pr., der unsere Kollegen im Jahre 1905 13 Wochen lang wegen Zugehörigkeit zu unserem Verbände ausgesperrt hatte, mußte im Jahre 1907 unter Zustimmung der gesamten dortigen Bauunternehmer den großen erzieherischen Einfluß unseres Verbandes anerkennen. Derselbe erklärte: „Wir sind mit dem Verbände sehr zufrieden, denn er hat erzieherisch gewirkt, das Blaumachen an Montagen und der übermäßige Alkoholgenuß hat riesig nachgelassen, ja fast aufgehört.“

Selbst in einem Eingangs in der „Neustädter Kreiszeitung“ schilderte derselbe Herr den geistigen Fortschritt, den die Bauarbeiter durch die christliche Organisation gemacht hätten.

Fassen wir das Geschilderte kurz zusammen, dann müssen wir zugeben, daß der Verband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter in dem ersten Jahrzehnt seines Bestehens in den Bezirken Ost- und Westpreußen Großes geleistet hat.

Vieles ist erreicht worden, aber noch bedeutend mehr muß in Zukunft geschehen. Soll uns dieses ermöglicht werden, dann müssen unsere Verbandsmitglieder dafür sorgen, daß auch in Zukunft unser Eifer, unser Opfermut gegenüber unserem Verbände nicht erlahmt, sondern noch gesteigert und unsere Organisation immer mehr von innen und außen ausgebaut wird.

Wilhelm Koch.

Bezirk Frankfurt a. M.

Gleichzeitig mit der Gründung des Verbandes christlicher Maurer und verwandter Berufe, lebte unser Verband in Mitteldeutschland ein. Am 27. August 1899 fand in

1903	428	Mitglieder
1904	1022	"
1905	1701	"
1906	2473	"
1907	2873	"
1908	2082	"

Der starke Rückgang im Jahre 1908 ist auf die besonders heftige Einwirkung der Wirtschaftskrise zurückzuführen. Hoffen wir, daß bald eine Wenderung eintritt, um die Verluste wieder einzubringen.

Eine besondere Aufgabe der Tätigkeit des Bezirksleiters bildete die Winteragitation, die nicht dem Frankfurter Bezirk, sondern dem Elbner und Hochruher Bezirk zugute kam. Hunderte von Bauarbeitern auf dem Westerwald und in den Kreisen Fulda, Hünfeld und Schlachten sind durch die Agitation in ihren Heimatsorten für den Verband gewonnen worden.

Mit Freude erinnere ich mich der lieben Mitarbeiter in dem schweren Kampfe, den wir führen mußten. Es waren edle Charaktere, die die Trümmer unserer Organisation aus den Gründungsjahren 1899 und 1900 bis zu einer besseren Zeit hindubereiteten. Eine ganze Reihe ist es: Reishmann und A. Klug von Frankfurt a. M., Barbo Klug und Ferd. Zahn von Romerz, der „alte“ ehrwürdige Hofmann und A. Klug von Marborn, Weißbecker und Stumpf von Romsthal, Wiltz, Hell und Jacob Müller in Oberursel, F. R. Hett in Kirdorf, H. Schneider, G. W. Ettliger und G. Roos von Niederbrechen. Diese Kollegen haben sich besonders um Frankfurt verdient gemacht. Sodann die Kollegen Nordmann und Jünemann in Kassel, Schrey in Marburg, Röder in Fulda, Sommer in Haibach u. a. Ihrer aller sei herzlich heute gedacht.

Zum Schluß noch eins. Wie die Verhältnisse in Mitteldeutschland heute liegen, kann unsere Zukunft nur durch starke konfessionelle Arbeitervereine günstig beeinflusst werden. Wer soll augenblicklich gegen die starken soziald. Verbände, wie in Darmstadt, Mainz, Wiesbaden und Koblenz mit einem Heer von Beamten ansonst aufkommen? Diese unterdrücken gewaltsam jeden Versuch unseres Vorwärtstreibens und tragen ihre Bewegung in die ländlichen Orte hinein. Dagegen müssen wir die christlich-gefinnten Arbeiter schärfen, geben wir ihnen den religiösen und wirtschaftlichen Halt. Fördern wir daher nach besten Kräften die konfessionelle Arbeitervereinsbewegung. Greifen wir auch mit frischen Kräften in die Werbetätigkeit für den Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands ein, damit auch der Frankfurter Bezirk ein achtunggebietender Faktor innerhalb des großen Ganzen ist und bleibt.

Prof. Becker.

**Bezirk Hannover.**

Es ist kein Zufall, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung und speziell unser Verband im Bezirk Hannover so schnell Eingang gefunden hat. Man braucht nur die Städte Braunschweig, Hamburg, Bremen, Lübeck und Hannover an seinem geistigen Auge vorbeiziehen lassen und man hat die Lösung gefunden. Haben wir doch hier die ältesten Domänen der Sozialdemokratie und ihrer Gewerkschaften. Hamburg und Hannover sind bereits seit den Jahren 1883 und 1884 beständiger Sitz der Sozialdemokratie im Reichstag. In Braunschweig seit 1890, außerdem hatten wir hier eine lokale Organisation, die im radikal-anarchistischen Fahrwasser segelte. Die ältesten Pioniere in der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung sind im Bezirk Hannover zu finden. Die Agitation hat schon frühzeitig nicht gefehlt. Dennoch wollte die Gewerkschaftsbewegung in unserem Berufe, wenn wir von den norddeutschen Großstädten der sogenannten „Waterkant“ absahen, nicht recht vorwärtsgen. Dieses lag in der sozialistischen Agitationsweise begründet. Ein großer Teil der Kollegen, hauptsächlich die Eichsfelder, die bei jeder Gelegenheit wegen ihrer religiösen Überzeugung Spießruten laufen mußten, konnten kein Vertrauen zu den „freien“ Gewerkschaften gewinnen und blieben deshalb denselben fern. Es wurde daher die Gründung von christlichen Gewerkschaften von einer großen Zahl von Kollegen mit Freuden begrüßt.

Die älteste Verwaltungsstelle ist Hildesheim. Diese wurde in der Mitte des Monats November 1899 gegründet. Dann folgten Braunschweig am 15. Februar, Hannover am 4. März und Heiligenstadt im April 1900. Außerdem in Hannover und Braunschweig die Dachdecker. Am Schluß des Jahres 1900 waren 670 Mitglieder in 6 Verwaltungsstellen vertreten.

Das Jahr 1900 wurde für den Bezirk Hannover von großer Wichtigkeit. In diesem Jahre haben die Kollegen viel gelernt. Bereits am 12. Juli brach der Streik in Hannover aus, wo unser Verband zum ersten Male große Massen zu unterstützen hatte. 500 Mitglieder nach 3/4jährigem Bestehen des Verbandes zu unterstützen, war keine Kleinigkeit. Daß keine Kapitalien zu jener Zeit vorhanden waren, konnte sich jeder denken, der unser Statut von damals kannte. Die Mitglieder haben ihre Unterstützung pünktlich erhalten, jedoch in der Streikkommission und dem Lokalvorstande reifte damals bereits der Gedanke, daß unser Verband so nicht weiter bestehen könne, die Statuten müssen geändert werden und zwar insofern, als eine starke Zentralkasse geschaffen werden müsse. Sie erkannten, daß mit so niedrigen Beiträgen nichts auszurichten sei. Es wurde deshalb auch schon früh eingetreten in die Beratung der zur ersten Generalversammlung zu stellenden Anträge. Die Kollegen von Hannover stellten deshalb den Antrag, den Wochenbeitrag mit 10 Prozent des Tageslohnes zu bemessen und 75 Prozent an die Zentralkasse abzuführen. Dieser Antrag wurde auf der Generalversammlung in seinem ersten Teile abgelehnt und im letzten angenommen. Auch zur Förderung der Agitation wurde beschlossen, 60 Pf. pro Mitglied zu zahlen und dafür die Agitation auf dem Eichsfelde zu betreiben, wo ja bekanntlich Tausende von Bauarbeitern jedes Frühjahr in alle Himmelsgegenden reisen um ihr Handwerk auszuüben. Die Agitation wurde vom 7. bis 20. Januar durch den Kollegen Kott und mich vorgenommen. Diese Agitation war sehr fruchtbar und zwar nicht nur für den Bezirk Hannover, sondern auch für andere Bezirke. Die Kollegen zogen im Frühjahr wieder hinaus in alle vier Winde und wirkten für unseren Verband.

Was vom Jahre 1900 nicht verschwiegen werden darf, ist, daß es damals noch keinen Bezirk Hannover, sondern den Agitationsbezirk Braunschweig gab. Der Sitz war wohl aus dem Grunde nach dort verlegt, weil Braunschweig zum zweiten Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M. einen Delegierten und zwar den Kollegen Gottlieb Jacobi (Braunschweig) entsandt hatte. In der Agitation konnte ja natürlich wenig unternommen werden, weil keine Mittel vorhanden waren. Im Jahre 1901 auf der ersten Generalversammlung unseres Verbandes wurden die Agitations- in Provinzialbezirke umgewandelt und der Sitz nach Hannover verlegt. Meine Wenigkeit wurde zum Vorsitzenden des Bezirks gewählt. Zwar konnte auch von hier aus nicht viel unternommen werden, weil die Mittel fehlten. Aber es gelang doch am 23. März bereits die Verwaltungsstelle Cassel zu gründen, nachdem am 10. März die erste Versammlung stattgefunden hatte. Nach dem Eichsfelde hatte sich die fachabteilungsidee ausgedehnt und dadurch unsere blühende Verwaltungsstelle Heiligenstadt, welche damals bereits 169 Mitglieder zählte, in Verwirrung gebracht. Am 27. März war eine bifrontale Versammlung dort, um die Kollegen wieder fest zusammenzuführen. Dies ist zwar nicht für den Augenblick gelungen, sie löste sich auf. Unfruchtbar war jedoch auch diese Versammlung nicht. Wenn es nicht gelang, die Kollegen zu halten, so sind dieselben zu den Fachabteilungen nicht gegangen. Wie es hier war, ging es auch mit der Verwaltungsstelle Duderstadt. Nach einigen Jahren Schlaf stehen heute beide wieder in starker Blüte. Am 21. April ging es dann auch im Braunschweiger Lande einen Schritt vorwärts, indem in Wolfenbüttel eine Verwaltungsstelle gegründet wurde. Am 12. Juli folgte Bremen und Hamburg. Am Jahreschluß waren 11 Verwaltungsstellen gegründet worden.

Im Jahre 1902 wurden am 27. April die Verwaltungsstellen Osnabrück und Kiel gegründet. Letztere, sowie Hamburg lösten sich auf, so daß am Ende des Jahres 12 Verwaltungsstellen mit 1175 Mitgliedern vorhanden waren.

Bis zum Jahre 1903 stand der Bezirk Hannover an erster Stelle. Weit über ein Drittel der Mitglieder des Verbandes waren darin vertreten. Damit soll nicht gesagt werden, daß es heute schlechter geworden ist; vielmehr muß dieses festgestellt werden der geschichtlichen Wahrheit halber. Diese Jahre waren die schlimmsten, die der Verband gesehen hat. Anstatt Fortschritte gab es Rückschritte. Von allem diesem war im Bezirk Hannover in diesen Krisenjahre nichts zu merken. Die Entwicklung schritt, wenn

Zehn Jahre sind verfloßen,  
Seit wir das Ziel gesehn,  
Zehn Jahre unverdrossen  
Sah man uns weitergehn.

Das Ziel steht unzerronnen  
In seinem Strahl von Glück,  
Schon manches ist gewonnen,  
Noch manches blieb zurück.

Wir haben zu neuem Wagen  
Erprobte Kräfte bewahrt;  
Wir kämpfen ohne Zagen —  
Glückauf zur frühlichen Fahrt!

auch langsam, so doch immer vorwärts. Das darf zur Ehre der alten Kollegen nicht verschwiegen werden. Deshalb glaube ich auf die ersten Jahre etwas ausführlicher eingehen zu müssen. 1903 schte ja bekanntlich bessere Konjunktur ein und nahmen wir ja im allgemeinen eine gute Entwicklung. Das Jahr 1903 brachte eine Wenderung in der Person des Bezirksvorsitzenden. Auf der Generalversammlung zu Essen erfolgte meine Wahl zum Kassierer des Verbandes. Als Stellvertreter wurde Kollege Windolph ernannt, welcher im Hauptamte Lokalbeamter von Hannover war. Vom 1. April 1903 bis zum Juli 1906 ist dieses Verhältnis so geblieben, bis in der Person des Kollegen Emil Hildebrandt der erste besoldete Bezirksvorsitzende angestellt wurde. Derselbe hat bis zum 30. Juli 1908 den Posten versehen, und wurde dann nach Berlin als Vorsitzender des Bezirks Brandenburg berufen. Ihm folgte der Kollege Zumbrock, bisheriger Vorsitzender des Bezirks Münster. Vom Jahre 1903 bis zum Juli 1906 war der Bezirk in zwei Agitationsbezirke zerlegt und zwar Hannover und Braunschweig. Trotz der Wechselwirkungen in der Leitung des Bezirks ist die Mitgliederzahl immer vorangeschritten. Auch die örtliche Ausbreitung stieg stetig, trotzdem ein ganzes Teil Verwaltungsstellen, die zum Bezirk gehörten und gegründet waren, an andere Bezirke abgetrennt werden mußten, so z. B. Cassel und Osnabrück, sowie im Kreise Hülter eine Reihe von Verwaltungsstellen. Nicht nur der Verlust ist ausgeglichen, sondern immer noch eine Steigerung zu verzeichnen.

Im Jahre 1904 waren 1460 Mitglieder, im Jahre 1905 2333 Mitglieder, im Jahre 1906 3450 Mitglieder, im Jahre 1907 3063 Mitglieder und im Jahre 1908 3044 Mitglieder vorhanden. Außer dem Bezirksleiter ist im Bezirk nur ein Lokalbeamter vorhanden und zwar in der Person des Kollegen Richard Schneider.

Wenn man sich die Verhältnisse des Bezirks vor Augen führt, so kann man mit der Entwicklung im Bezirk zufrieden sein. Mehrere größere Kämpfe mußten mit den Arbeitgebern, aber noch mehr mit den „Genossen“ geführt werden. Darüber viele Worte zu verlieren erübrigt sich, da der Kampf mit den „Genossen“ etwas Selbstverständliches ist. So lange wir uns christlich nennen und gesondert marschieren, wird dieser Kampf nicht aufhören. Auch die Kämpfe mit den Unternehmern werden nicht ganz verschwinden, solange wir die Interessenvertretung unserer Kollegen im Verbandsprogramm haben. Immerhin müssen wir anerkennen, daß im Laufe der Jahre gerade im Bezirk

Hannover eine große Zahl Tarife ohne Kampf abgeschlossen wurden. Die Lohnverhältnisse im Bezirk sind seit der Gründung unseres Verbandes bedeutend bessere geworden. Wer die Zeit vor 1900 kennt, die wir hier leider wegen Blahmangels nicht schildern können, muß dieses zugestehen. Wenn wir nun auch mit Freuden auf unser 10jähriges Bestehen zurückblicken, so wollen wir uns nicht verhehlen, daß auch heute noch viel zu leisten ist. Mancher Gefinnungsgenosse steht noch abseits, auch viele Unorganisierte sind noch vorhanden. Diese für uns zu gewinnen, soll unser heutiges Gelohnis sein.



**Bezirk Karlsruhe.**

Das badische Ländle finden wir schon auf der ersten Generalversammlung unseres Verbandes in Berlin im Jahre 1901 durch den Delegierten Bergmann von der Verwaltungsstelle Mannheim vertreten. Leider war die Opferwilligkeit der betreffenden Mitglieder noch so weit zurück, daß die Erhöhung des Beitrages von 10 auf 15 Pfennig zur Auflösung der Verwaltungsstelle führte. Danach ruhie die Agitation fast vollständig im Bezirk. Erst als die zweite Generalversammlung einen Bezirksleiter für Süddeutschland, den Kollegen Becker, anstellte, kam auch hier wieder etwas Leben in die Agitation. Jedoch war dessen Bezirk zu groß, um die einzelnen Landesteile die er umfaßte, in wünschenswerter Weise bearbeiten zu können. Doch schuf er für die spätere Agitation sehr wichtige Stützpunkte.

Von seiten der sogenannten „freien“ Gewerkschaften hatte man die Agitationsreise der süddeutschen Arbeiter-schaft bereits früher erkannt und besonders in den mehr oder minder industriereichen Orten und Gegenden mit durchgreifender Agitationsarbeit begonnen. Der Maurerverband hatte mehrere Agitatoren aus Norddeutschland nach dem Süden verpflanzt, die, unterstützt von vielen reiselustigen norddeutschen Mitgliedern ihrer Organisation, bald in allen größeren Städten starke Verwaltungsstellen zusammenbrachten, die ihnen wieder die Anstellung von Lokalbeamten ermöglichten. Die Genossen berücksichtigten dabei den süddeutschen Volkscharakter und stellten bei der Agitation ihren Verband als religiös völlig neutral oder sogar noch als religionsfreundlich hin. Es war von jener Seite aber auch damit gerechnet, daß die Agitationsarbeit unfernerseits über kurz oder lang kräftiger einziehen würde. Um uns die Agitationsarbeit aber von vornherein zu erschweren, wurden wir als Streikbrecherorganisationen, als „Gelbe“ verschrien, die sich bloß ein christliches Mäntelchen umhängt, um so die christlichen Arbeiter besser betören und an die Arbeitgeber verraten zu können.

Im September des Jahres 1905 wurde dann Kollege Kott aus Düsseldorf für den Bezirk Karlsruhe mit dem Sitz in Karlsruhe angestellt. Der Bezirk umfaßt das Großherzogtum Baden, das Königreich Württemberg, das Reichsland Elsaß ohne Lothringen und die angrenzenden Teile von der Pfalz und Hessen und zählte 408 Mitglieder in 22 Zahlstellen. Am Schluß des Jahres hatte er 480 Mitglieder in 26 Zahlstellen. Er stieg im Jahre 1906 auf 1003 Mitglieder in 34 Zahlstellen, im Jahre 1907 auf 1191 Mitglieder in 31 Zahl- und Verwaltungsstellen. Es wurde in dem Jahre die Zentralisation der Zahlstellen in den Lohngebieten Mannheim, Ludwigshafen a. Rh. und Mülhausen i. El. zu Verwaltungsstellen durchgeführt. Im Jahre 1908 sank die Mitgliederzahl infolge der Krise bis auf 1070. Die weitere Zentralisation der Lohngebiete zur Verwaltungsstellen wurde vollständig im ganzen Bezirk durchgeführt. Im jetzigen Jahre können wir leider auch noch nicht von einer Zunahme der Mitgliederzahl reden. Die Krise hält an und trifft in diesem Jahre die Kollegen noch schwerer als im verfloßenen Jahre, und so haben wir trotz einiger neu gegründeter Zahlstellen wieder einen Rückgang der Mitgliederzahl bis auf 1002 in 26 Verwaltungsstellen zu verzeichnen. Dagegen nimmt die Schulung der Mitglieder zu. Die Verwaltung der Ortsgruppen ist eine bedeutend bessere geworden. Auch sind mehr Mitglieder befähigt, in Zukunft tatkräftig bei der Agitation mitinzugreifen, als wie es bisher der Fall war. Der Verband war seit dem Jahre 1905 im Bezirk an 36 Lohnbewegungen in 20 verschiedenen Lohngebieten beteiligt. Von einigen wenigen Tarifabschlüssen wurden wir fern gehalten. Im Zukunft wird dies den Genossen wohl nicht mehr gelingen, und werden wir in Orten, wo wir entsprechend vertreten sind, auch wissen, wie wir uns Geltung bei den abzuwickelnden Tarifverträgen verschaffen. Gegen dem Terrorismus der Genossen hatten wir immer besonders stark anzukämpfen. Einer dieser schwierigsten Kämpfe war wohl der (von den Genossen als „Religionskampf“ bezeichnet) in den Jahren 1906/07 mit den roten Siphern in Mannheim geführte Kampf um Anerkennung unserer Organisation. Der von unseren Kollegen mit größter Energie und Ausdauer geführte Kampf endigte mit einem vollständigen Siege für uns. Was auf dem Spiel stand, geht aus nachfolgender Aeußerung Odentals, seines zeitweiligen Zentralvorsitzenden des sogenannten „freien“ Siphers- und Stukkaturverbandes, hervor. Derselbe sagte wörtlich auf der Nürnberg Generalversammlung (Protokoll S. 344): „Es war klar, daß die Christlichen alles aufwenden mußten, um diesen Kampf mit Erfolg zu beenden, da sie sonst alle ihre Filialen verloren hätten.“ Aber dieser Kampf hatte Ernüchterung gebracht, nicht nur bei den sozialdemokratischen Siphern, sondern auch manche andere Hezer in den Reihen der „freien“ Gewerkschaften haben erkannt, daß ihre Bäume denn doch nicht in dem Himmel wachsen. In Württemberg erschweren die kleinbäuerlichen Verhältnisse unsere Ausbreitung enorm. Diese bringen es mit sich, daß unsere Bauhandwerker dort mehr Bauer als Handwerker sind, nur den kleinsten Teil des Jahres auf ihren handwerklichen Beruf arbeiten und nicht verstehen können, daß die Organisation Beiträge von jedem Mitgliede für neun Monate des Jahres erhebt. Aber auch hier bricht sich die Erkenntnis, daß die Ständebewegung notwendig ist, immer mehr Bahn, und dürfen wir uns in Württemberg noch manche Fortschritte zu erwarten sein. Bedauerlich ist nur, daß es hier noch geistliche Herren gibt, die eine gewisse Antipathie gegen die christl. Gewerkschaften in die evangelischen Arbeitervereine hin-

eintragen. Diese Herren glauben dadurch den Christlich-Dünderischen Gewerkschaften, die sie für nationale und religiös neutrale Organisationen halten, wieder auf die Beine helfen zu können. Würden diese Herren die Taten der Christlich-Dünderischen mit weniger Vertrauensseligkeit betrachten, so müßten sie erkennen, daß dieselben nicht nach dem Wesen des einen oder anderen, nun einmal nationalgeleiteten Führers einzuschätzen sind, sondern recht oft ihre nationale Gesinnung wie ihre religiöse Neutralität arg in Frage stellen. Würde es den Christlich-Dünderischen nicht erst mit ihrem nationalen, wie religiös neutralen Charakter, so würden diese nicht bei jeder sich bietenden Gelegenheit, besonders wenn es gegen die Christlichen geht, an die Seite der Sozialdemokratie treten. Sie würden sich vielmehr auf ihren nationalen Charakter besinnen und Wege zur Verständigung, ja zur Verschmelzung mit den christlichen, nationalen Gewerkschaften suchen. Es wird kein evangelisch-nationaler, in der Glaubensfrage positiv oder mehr oder minder liberal denkender Arbeiter sagen können, daß ihm wegen seiner religiösen Anschauung in den christl. Gewerkschaften Schwierigkeiten bereitet, oder daß er deshalb weniger geachtet sei. Nein, die christl. Gewerkschaften bekümmern sich gar nicht um diese Angelegenheiten ihrer Mitglieder. Sie verlangen nur, daß ihr Statut anerkannt wird. Das heißt, daß das Mitglied mit uns strebt, dem arbeitenden Stande in dem Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung die wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung zu erringen, und gewillt ist, bei diesem Streben nur solche Mittel anzuwenden, die sowohl nach dem Gesetz, als auch nach dem christl. Sittengesetz erlaubt sind. Gewiß Grundsätze, die jeder evangelische Mann unterschreiben kann. Es ist deshalb zu wünschen, daß auch jene Herren, die glauben, den evangel. Arbeiter auch heute noch aus den Reihen der christl. Gewerkschaften fernhalten zu müssen, bald zu der Einsicht kommen werden, daß es im Interesse des Arbeiters sowohl als auch des Staates liegt, daß die christliche und nationale Arbeiterschaft in ihrem gewerkschaftlichen Streben geeinigt und nicht parteipolitisch noch konfessionell getrennt wird. Es wäre damit auch für uns im Württembergischen sowohl wie im Badi-schen ein großer Schritt vorwärts getan. Mögen uns die nächsten Jahre nun eine Hochwelle der wirtschaftlichen Konjunktur bringen, wie Dr. Brauns in der großen Versammlung zu Köln am 18. Juli sagte, so werden auch wir im Südbayern wieder besser vorwärts kommen.



### Bezirk Königsberg i. Pr.

Auch im fernen Osten, abgeschlossen von dem regen gewerkschaftlichen Leben des Rhein- und Ruhrgebietes, nehmen die Kollegen an der zehnjährigen Jubelfeier unseres Verbandes guten Anteil. Wenn auch etwas einsam, verteilt in dem agrarischen Osten, so wissen wir aber doch, daß wir durch unseren Verband verkörpert sind in einer großen Familie, daß wir uns eins fühlen mit unseren Freunden von Nord, Süd und West, und alle von dem einen Gedanken befeuert sind, den wirtschaftlich schwächsten, den Lohnarbeiterstand zu befreien aus dem wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeitsverhältnis. Von diesem Bestreben durchdrungen, haben sich auch die ostpreussischen Kollegen zu einem großen Teile unserem Verbandsangehören, und mit allem Eifer wurde besonders in den letzten beiden Jahren gearbeitet, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern und tariflich festzulegen.

Der Geburtsort unseres christlichen Bauhandwerkerverbandes in Ostpreußen ist Allenstein. Hier wurde am 8. September 1900 in Gegenwart unseres Zentralvor-sitzenden, Kollegen Wiedeburg, die Zahlstelle des sozialdemokratischen Maurerverbandes aufgelöst, und die Allensteiner Maurer schlossen sich mit 55 Kollegen unserem Ver-bande an. Wohl hatte die sozialdemokratische Gauleitung in den folgenden Jahren immer wieder versucht, die Allensteiner wieder für sich zu gewinnen, allein alle Mühe ist bis heute vergebens gewesen. Zu den Jahren 1904 und 1905 bildeten sich noch die Verwaltungsstellen der Zimmerer und Bauhilfsarbeiter. Und heute nach fast 9 Jahren ist Allenstein eine Hochburg unseres Verbandes. Am 25. Juli, am Tage des 9. Stiftungsfestes, zählten wir rund 700 Verbandsmitglieder. Unsere Allensteiner Kollegen, beson-ders die Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner, bliden mit berechtigtem Stolz auf dieses Bataillon christlicher Gewerkschaftler. In diesen Zahlen liegt aber auch unendlich viel Mühe und Arbeit und es muß lobend anerkannt werden: mit einem wahren Löwenmut haben unsere Allensteiner Kollegen besonders in diesem Frühjahr für unseren Ver-band gearbeitet; möchte dieser Eifer nicht erlahmen. Bis zum Jahre 1903 blieb nun Allenstein allein als Waise in der großen Provinz Ostpreußen. Aber der christliche Gewerkschaftsgedanke wuchs, und so wurde im Herbst d. J. die Verwaltungsstelle Wartenburg vom Kollegen Haffe, damals in Posen, gegründet. Am 11. Dezember 1904 wurden dann ebenfalls durch Kollegen Haffe in Königsberg die Verwaltungsstellen der Zimmerer und Bauhilfsarbeiter ge-gründet. Diesen folgte die Gründung der Verwaltungsstelle der Maurer im Frühjahr 1905. Im Februar 1906 wurde das Sekretariat Königsberg errichtet und von die-sem Zeitpunkt an hat unsere Organisation immer weitere Ausbreitung im Osten gefunden. Am 9. September 1906 wurde die Verwaltungsstelle Heilsberg gegründet. Wenn auch kein angefangen, so hat sich besonders diese Zahlstelle gut entwickelt und zählt heute von den kleineren Städten die größte Mitgliederzahl. Am 29. Oktober gründete sich Braunsberg, welches sich ebenso gut entwickelte. Die Braunsberger Kollegen zeigten von Anfang an guten ge-werkschaftlichen Geist und Disziplin, welche sich im Laufe der Jahre noch sehr verbessert hat. Am 11. November wurde dann die Zahlstelle Meweel und am 18. November Weidenburg gegründet. Auch in Memel herrscht unter unseren Kollegen eine Begeisterung für unsere Sache, und dort sind diese Zahlstelle an der Höhe. Keidenburg ist trotz der kleinen Agitationsarbeit unserer verehrten Kollegen brav und sehr lebensfähig. Die dortigen Kollegen besitzen eine Manneskraft. Im Arbeitgeber erwidern sie den Forderungen, die sie unbedingt zu erfüllen haben. Nur in diese Richtung soll die Entwicklung gehen, und das ist die Aufgabe der Zahlstelle. Am 1. Januar 1907 wurden dann Zahlstellen in Ostpreußen gegründet: Braunsberg, Weidenburg, Ernsdorf,

Wischoffstein und Wehlau gegründet. Eine gute und gesunde Entwicklung zeigten die Verwaltungsstellen Tautau und Wischofsburg. Die gesamte Mitgliederzahl, welche im Jahre 1900 40 betrug, ist bis heute auf 1700 gestiegen. Gewiß hätte noch mehr erreicht werden können, wenn die Agitation nur nicht auf einigen wenigen Schultern läge.

Der Bekämpfung durch die Sozialdemokratie ist unsere Organisation in erhöhtem Maße ausgesetzt, besonders in Königsberg und Umgebung. Der sozialdemokratische Terroris-mus zeigt in diesem Jahre sonderbare Blüten in Königs-berg. Ein großer Teil Kollegen fiel diesem Terrorismus zum Opfer, andere wieder haben mit Mut die Ideen unserer Organisation zu verteidigen genutzt.

Dasselbe geschieht in den katholischen Bezirken von sei-ten der Fachabteilungen „Berliner“ Richtung. Obwohl diese Erfolge in unserem Verufe soviel wie gar nicht aufzuweisen haben, so hemmen sie mit ihrem verätherischen, arbeiter-feindlichen Treiben die Vorwärtsentwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung in solchen Städten, wo die Sozial-demokratie vorherrschend ist. Im allgemeinen auch be-sonders im Ermlande wollen die Maurer und Zimmerer von der „Berliner“ nichts wissen.

Trotzdem unsere Organisation jung ist, hat dieselbe in bezug auf Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedin-gungen geradezu Großartiges geleistet. In fünf Orten bestand noch die 12stündige Arbeitszeit mit einem geringen Tagelohn, welcher bei schlechter Konjunktur und im Winter und Frühjahr nach Willkür des Unternehmers gekürzt wurde. Durch unser Eingreifen wurde die 12stündige Ar-beitszeit beseitigt und feste Stundenlöhne zum Teil sogar sofort tariflich festgelegt. Ebenso wurde in 4 Orten, wo die 11stündige Arbeitszeit bestand, die 10stündige eingeführt.

Der Lohn ist in sämtlichen Orten bedeutend verbessert. Alle Kollegen im Bezirk haben durch unsere Organisation be-deutende Vorteile erreicht. Hier nur ein Beispiel: In Allen-stein wurde in den letzten 4-5 Jahren der Lohn für Maurer und Zimmerer um 15-20 Pfg. pro Stunde erhöht. Das-selbe ist bei den Bauhilfsarbeitern der Fall. In den Jahres-berichten ist dieses schon mitgeteilt worden.

Auch auf sozialem Gebiete ist es hier und da vorwärts gegangen. Durch die gewerkschaftliche Arbeit lernen die Kollegen von selbst, daß sie auch auf dem übrigen sozialen Gebiete ihren Mann stellen müssen.

So hat denn auch der ferne Osten an der Entwicklung unseres Verbandes mitgeholfen, und wenn auch die meisten noch nicht 10 Jahre sich christlich organisiert nennen können, so gedenken sie dankbar jener, welche unter solch schwierigen Verhältnissen dieses große Werk aufbauen und fördern ge-holfen haben. Möge das zehnjährige Bestehen unseres Ver-bandes neuen Mut und neue Begeisterung in die Reihen unserer ostpreussischen Verbandskollegen bringen. Alle Kol-legen müssen mit neuer Kraft ans Werk gehen, um unsere Bewegung vorwärts zu bringen. Bei dieser Gelegenheit sei jener Kollegen gedacht, welche in den einzelnen Orten be-sonders in den Anfängen unserer Bewegung ihr ganzes Können und Wissen, ihre ganze Person in den Dienst unseres Verbandes gestellt haben. Möchten doch alle unsere Kollegen an diesen ein Beispiel nehmen und alle Feigheit und Gleichgültigkeit beiseite legen und für die Ausbreitung unseres Verbandes Sorge tragen. Darum, Kollegen des gesamten Ostens, vorwärts mit vereinter Kraft für unsere gute Sache!

Mugust Schönekaas



### Bezirk München.

Anfänge gewerkschaftlicher Organisationen auf christlicher Grundlage reichen in Südbayern, insbesondere in München, zurück bis anfangs der neunziger Jahre, wenngleich damals das Gewerkschaftsprinzip und die Or-ganisationsform nach dem Maßstabe von heute auch nur halbwegs gelöst war. Zeitlich fallen die Organisationen mit gewerkschaftlichem Einschlage mit der Drangperiode nach Bildung konfessioneller Arbeitervereine zusammen. Die konfessionellen Arbeitervereine ließen eben für die Be-dürfnisse der Arbeiter eine Lücke offen, die immer mehr fühlbar wurde, die Beseitigung von gewerkschaftlichen Auf-gaben. Um diese Lücke zu er füllen, suchte man nach einem Ersatz: Fachabteilungen in den Arbeitervereinen oder selb-ständige Gewerkschaften. Welches von beiden die beste Lö-sung war, darüber gingen die Meinungen ziemlich aus-einander, was nach den damals völlig ungeklärten Verhält-nissen auch leicht verständlich erscheint. Man entschied sich vorerst für Fachabteilungen.

In München wurde am 27. November 1892 die „Fachabteilung der Bauhandwerker“ gegründet. Jedoch inangekündetes Verständnis für die Besserung der Lage der Arbeiter bei den Arbeitern selbst, gepaart mit wenig Klar-heit, ob der Selbsthilfe (gewerkschaftliche Organisation) oder der Staatshilfe (politische Betätigung) der Vor-zug zu geben ist, ließ ein reges Leben in den „Fachabtei-lungen“ nicht aufkommen.

Dieser Mangelstand, von allen Einsichtigen erkannt, gab Anlaß, eine Organisation auf etwas breiterer Grundlage zu schaffen. 1895 wurde der Verein „Arbeiterklub“ ge-bildet. Derselbe gliederte sich wiederum in Fachsektionen. Am 12. September 1897 wurde die „Sektion der Bauhand-werker“ gegründet. Der damals grassierende Hauswindel und die damit zusammenhängenden Gebäudeseinstürze, Er-eignisse, die unschwer eine Verschlechterung der Lage der Bauarbeiter erkennen ließen, gaben der noch jungen „Sek-tion der Bauhandwerker“ lebhaften Anlaß, das Wohl und Wehe ihrer Mitglieder zu erörtern. Dieselbe machte im Dezember 1897 eine Eingabe an den Magistrat München, worin zum Schutze der Bauarbeiter neben den technischen Aufsichtsbeamten auch Baukontrolleure aus dem Arbeiter-stande gefordert wurden; was aber vom Stadtmagistrat im April 1899 ablehnend beschieden wurde. Während des gleichen Zeitraumes hat die „Sektion“ in mehreren Ver-sammlungen die Forderung aufgestellt: „An den Sam-stagen nachmittags 5 Uhr Arbeitsschluß und Bezahlung der ausfallenden Stunde.“ Um dieses Ziel zu erreichen, brauchte man weitere Mittelpunkte. Es wurde ein gemeinsames Vorgehen in dieser Angelegen-heit mit dem damals bestehenden Zimmererklub für Mün-chen und Umgebung festgelegt. Die Forderung hieran

war eine Eingabe an die Bau-, Maurer- und Zimmer-meister-Vereinigung, welche aber an dem Widerstand der letzteren scheiterte. Bei der Anstellung von Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstande, seitens der Stadt München im Jahre 1900 ist es der tatkräftigen Leitung des Vereins „Arbeiter-schutz“ gelungen, daß zwei Mitglieder der „Sektion der Bauhandwerker“ als Baukontrolleure angestellt wurden, wo sie jetzt noch als solche wirken.

In einer am 12. November 1899 abgehaltenen Ver-sammlung wurde die „Zentralisation der Sektionen der Bauhandwerker in Südbayern und Norddeutschland“ erörtert, wobei sich die Mehrheit dafür aussprach. Am 8. Juli 1900 fand bei einer Versammlung: „Beschlusfassung zum An-schluß nach Berlin“ auf der Tagesordnung. Das Resultat hiervon ist dem Chronisten in folgendem charakteristischen Satz überliefert: „Bezüglich zum Anschluß der Zentrali-sation ging die Wahl per Stimmzettel vor sich. 15 Stimmen waren für ja und zwei für nein. Die Majorität bewies, daß die Sektion der Zentralisation gehört.“ Die erste Generalversammlung unseres Verbandes in Berlin 1901 war auch von einem Delegierten aus München besetzt. Die ihm dabei zugedachte Rolle, Vorkämpfer unseres Ver-bandes im rechtsrheinischen Bayern zu sein, hat er aber wenig erfolgreich vollzogen. Anstatt vorwärts ging's rück-wärts. Schlechter Besuch der Versammlungen, Interes-slosigkeit, wenig Opfer Sinn, zieht sich wie ein roter Faden durch die uns erhaltenen Berichte. Wie es mit der klaren Erkenntnis „gewerkschaftlicher“ Tatkraft und der hieraus resultierenden Opferwilligkeit bestellt war und welche Folgen dieselbe durchmachte, zeigt uns folgendes Bild. Bei Gründung des Vereins „Arbeiterklub“ hat man mit Rück-sicht auf die „Arbeitergroßen“ einen Jahresbeitrag von 20 Pfg. vorgeschlagen. Diese Leistung wurde jedoch allge-mein als etwas niedrig bezeichnet, und so ist sofort ein Monatsbeitrag von 5 Pfg. festgelegt worden, dem später ein Wochenbeitrag von 5 Pfg. folgte. Die Ausnahme-gebühr betrug 20 Pfg. Im Jahre 1900 hat die „Sektion der Bauhandwerker“ den Monatsbeitrag von 20 Pfg. auf 30 Pfg. erhöht; 1901 ist der Wochenbeitrag auf 15 Pfg. und das Eintrittsgeld auf 50 Pfg. festgelegt worden. Die zur Verwaltungsstelle umgeformte Sektion wurde außer den angeführten krankhaften Symptomen noch von einem allzu großen Totalpatriotismus und kleinlichen Krämergeist überwuchert, was 1902 zur Auflösung führte. Im Jahre 1904 suchten wiederum einige treue Seele von gewerkschaft-lichen Geistes durchdrungene Kollegen die noch brauchbaren „Bausteine“ aus dem Jahre 1902 zusammen und legten damit den Grundstein zur heutigen Verwaltungsstelle.

In Regensburg gründete sich im Jahre 1898 ein Verein Arbeiterklub nach Münchener Muster, darunter auch eine Sektion der Bauhandwerker. Deren Entwicklung, berufstätigliche Betätigung und Zerfall ist mir nicht näher bekannt. Nur so viel weiß ich, daß dieselbe nur ein kurzes Dasein fristete und nach den heutigen Begriffen gewerkschaft-licher Betätigung sich einen kaum rühmenswerten Nachruhm bewahrt hat.

In Augsburg, der zweitgrößten Stadt in Südbayern, vollzog sich am 15. Juli 1900 die Gründung einer „christlichen Gewerkschaft der Bauhandwerker in Augsburg und Umgebung.“ Ueber deren Ziele und Aufgaben berichtet der Gewerbeinspektionsbericht für Schwaben von 1900 folgendes: „Die gegründete christliche Gewerkschaft der Bauhandwerker in Augsburg und Umgebung, welche zurzeit 27 Mitglieder zählt, verfolgt den Zweck, die materiellen Interessen der Mitglieder zu fördern und zu schützen, die geistige Ausbildung zu pflegen und in wirtschaftlichen Fragen Aufklärung zu schaffen, bei Berufsverpflichtungen Beistand zu gewähren und endlich nach Maßgabe der vorhandenen Mittel Vermunglichte, Arbeitslose usw. zu unterstützen.“ So weit die Theorie, die an sich lobenswert ist, aber die Praxis hatte eine andere Seite. Als erste „gewerkschaftliche“ Tat wurde der gemeinsame Arbeitstag gelöst. Sodann beschaffte sich die „Ge-werkschaft“ in mehreren Sitzungen und Versammlungen mit der Anschaffung von Vereinszeichen und Einföhrung von Zigarren, wobei es zu heißen Redeschlachten und zu Austrittserklärungen einiger Vor-standsmitglieder gekommen ist. Im April 1902 wurde der Anschluß an den „Verband christlicher Maurer und ver-wandter Berufe“ angeregt. Derselbe ist am 28. Juni 1902 in einer außerordentlichen Versammlung unter Anwesenheit des Kollegen Beder-Fulda (jetzt Redakteur der „Bauge-werkschaft“) vollzogen worden. Von da ab war etwas regerer gewerkschaftlicher Geist eingezogen. Derselbe währte aber nicht lange. Persönliche Differenzen und Interes-slosigkeit gewannen Oberwasser. Im Mai 1903 löste sich die Verwaltungsstelle von „Berlin“ los und bildete wie-derum einen Lokalverein. Die Gründe des Austrittes von „Berlin“ sind in folgende Form gefaßt: „Zunehmende höhere Beiträge bezahlen, wenig Nutzen vom Zentralverbande, dazu immer als Stiefkinder behandelt lassen.“ Ein Jahr später, im März 1904, trat die „Sektion“ auch vom Ortsratell der christlichen Gewerkschaften Augsburg aus und seit dem Herbst gleichen Jahres ist sie überhaupt nicht mehr.

Außerdem haben noch Verwaltungsstellen in Landshut, Bad Wibling, Raitingen, Dillingen und Freising be-standen, die sich nach einem kurzen Dasein wieder auf-lösten.

Unser bereits Geschildertes reißt sich noch eine andere gerade nicht erfreuliche Erscheinung. Dem „Mittelgewer-blichen Verband“ (heutiger „Verband der Staats-, Gemein-de- und sonstigen Industriearbeiter“), dessen Sitz bis Oktober 1908 in München war, beliebte es, bis vor wenigen Jahren in Südbayern gelernt und ungelernete Bauarbeiter auf-zunehmen und für diese eigene Zahlstellen zu errichten. Dadurch wurde eine weitere Zersplitterung der christlichen Bauarbeiter herbeigeführt, die unserem Verbands keine-mwegs förderlich war.

Das bis jetzt Dargebotene entrollt ein Bild, dessen Hintergrund, mit Ausnahme weniger Stichpunkte in Mün-chen und einigen anderen Orten nicht unklar erkennen läßt, daß innerhalb des Bezirkes Südbayern bei den christ-lichen Bauarbeitern eine Agitations- und Organisations-weise geübt wurde, die dem Gegner billige Waffen gegen uns lieferte und unseren Verband alles andere als stärkte. Mit dem 1. April 1906 wurde das Bezirkssekretariat München gebildet und hiermit beginnt ein anderes Blatt

in den Annalen unseres Verbandes. Bei Errichtung desselben waren die Verwaltungsstellen München, Kempen, Starndberg, Bad Reichenhall, Rosenheim, Eichstätt und Donaustauf mit zusammen 179 Mitgliedern vorhanden. Nach den Abrechnungen in der „Baugewerkschaft“ waren am Jahresabschluss 1906: 408 Mitglieder, 1907: 942 Mitglieder und 1908: 818 Mitglieder vorhanden. Bei Betrachtung dieser Zahlen mag bei den Fernstehenden der Gedanke aufstehen, daß der Erfolg seit 1906 doch wenig verheißungsvoll ist. Dem ist entgegenzuhalten, was bereits im Jahresbericht für 1906\* angeführt ist, daß in Südbayern eine verhältnismäßig starke sozialdemokratische Bauarbeiterbewegung vorhanden ist und Massen von Bauarbeitern vorerst nicht zu gewinnen sind, was nachstehende Vergleiche dokumentieren. Die sozialdemokratischen Verbände der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter hatten laut ihrer Abrechnungen bezw. sonstigen Veröffentlichungen im Bezirk Südbayern im Jahre 1906: 15 576 Mitglieder (davon in München 10 151), 1907: 17 275 Mitglieder (gegenüber dem Vorjahre 1699 oder 11 Proz. mehr), 1908: 14 736 Mitglieder (gegenüber dem Vorjahre 2539 oder 15 Proz. weniger). Angesichts des umfangreichen Agitationsapparates und der jahrelangen Bearbeitung der „Genossen“ im ganzen Bezirke und der dabei erzielten Erfolge seit dem Jahre 1906 brauchen wir uns in unserer Aufwärtsentwicklung auch nicht zu verstecken.

Seit April 1906 bis zum Juli 1909 sind außer der manchmal zähen und vielgestaltigen Agitationsarbeit in 23 Orten 39 Lohnbewegungen geführt worden; davon führten 17 zu Streiks, wovon fünf zum Teil wenig von Erfolg, zum Teil ohne Erfolg waren. Im ganzen sind 31 Tarifverträge abgeschlossen worden und dreimal wurden die Verbesserungen nicht tariflich festgelegt.

Zur Vollständigkeit des Bildes sei insbesondere der jetzigen Kollegen gedacht, die im letzten Tageskampf den heftigsten Angriffen der „Genossen“ ausgesetzt sind und dennoch treu zu unserer Fahne halten. Wenn wir nochmals rückwärts blickend den ganzen Werdegang unserer Bewegung im Bezirke passivieren lassen und das dabei Erzielte vergegenwärtigen, daß dies das Werk einer dreijähr. Arbeit ist, so muß jeder Kollege neuen Mut und Kraft hieraus schöpfen zu kommenden Kämpfen und weiteren Siegen. J. v. Brückner.

**Bezirk Münster i. W.**

Im engeren Münsterlande lebte die christl. Gewerkschaftsbewegung schon im Jahre 1899 ein. Die Textilarbeiter machten hier den Anfang. Es war vorzuziehen, daß die christl. Gewerkschaften im Münsterlande eine Zukunft hatten, steht doch die ganze Bevölkerung auf positiv christlichem Boden. In den schon bestehenden katholischen Arbeitervereinen fand man zum großen Teil den christlichen Gewerkschaften sympathisch gegenüber.

In der Stadt Münster traten im Jahre 1900 acht Zimmerleute zusammen, um den Grundstein für den christl. Holzarbeiter-Verband zu legen. Im Jahre 1904 folgte die Gründung des christl. Bauhandwerker-Verbandes. Die beiden Verbände entwickelten sich in den ersten Jahren zwar langsam, aber ein Fortschritt war stets zu verzeichnen. Hatte man bisher in Münster auch mit einer schlechten Baukonjunktur zu rechnen gehabt, so brachte das Jahr 1903 eine Wendung zum Besseren. Hierdurch entwickelte sich auch der christl. Bauhandwerker-Verband am Orte schneller. Im Herbst 1903 beschäftigten wir uns mit der Frage, wie die noch sehr im argen liegenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessert werden könnten. Dieses erste Ziel der Agitation und konnten wir am Schlusse des Jahres 1903 feststellen, daß der größte Teil der in Münster beschäftigten Bauhandwerker organisiert war.

Im Frühjahr 1904 kam es zu einer Lohnbewegung, welche für die Kollegen schöne Erfolge brachte. Nach dreiwöchentlichem Streik wurde ein Tarif abgeschlossen, der den Maurern und Arbeitern eine Lohnerhöhung von 5 Pf. und den Zimmerern eine solche von 7 Pf. brachte. Nach der Bewegung wurde der innere Ausbau vorgenommen. Die Mitgliederzahl stieg ständig.

Die Zahlstelle der christl. Zimmerer in Münster hatte sich auf 180 Mitglieder emporgeschwungen. Dieselbe gehörte mit noch einigen anderen Zimmerer-Zahlstellen in Rheinland und Westfalen dem christl. Holzarbeiter-Verband an. Bei der Lohnbewegung 1904, sowie bei den nachfolgenden Krankentafelwahlen empfand man es so recht, daß es von Nöten war, daß die Zimmerer auf christl. Grundlage nicht einheitlich organisiert waren, und so auch die notwendige Verbindung fehlte. Die Zimmerer Münster strebten daher eine Verständigung an; diese führte dahin, daß die Zimmerergesellen sich einheitlich den christl. Bauhandwerkern anschlossen.

Auch in anderen Orten des Münsterlandes faßte der Verband Fuß. Die erfolgreiche Lohnbewegung in Münster wirkte besonders günstig auf die Kollegen ein. So entwickelte sich unser Verband im Münsterlande fortwährend, und wurde im Frühjahr 1906 dem Bezirk Münster eine freigestellte Kraft zugeteilt. Man drangen wir bis in die kleinsten Ortschaften vor, auch konnte der Verband in Ens und Ostfriesland Ausbreitung finden.

Am Beginn hat es auch im Bezirke Münster nicht gefehlt. Die „Genossen“ hatten sich in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts durch Zuzug ihre Position in Münster sehr gestärkt. Sie glaubten nun auch in anderen Orten mehr Einfluß zu bekommen. An Anstrengungen haben sie es nicht fehlen lassen, aber alle Mühe war vergebens, die Arbeiterkraft des Münsterlandes weiß zu gewinnen. Ihre Interessen und ihre Überzeugung gewahrt werden. Auch in Münster gingen die „Genossen“ stets zurück, und sind heute fast zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Im Münsterlande haben sie es auch an Terrorismus nicht fehlen lassen, auch hierdurch hat man unsere Bewegung nicht aufhalten können.

Daß die Arbeitgeber uns nicht hold gesonnen waren, zeigten die vielen Streiks und Aussperrungen, welche wir durchkämpfen mußten. Es sei aber hier anerkannt, daß an einigen Orten die Arbeitgeber heute auf dem Standpunkt stehen, auf friedlichem Wege die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit uns so zu regeln, daß auch der Arbeiter zu seinem Recht kommt.

Wenn auch noch vieles gebessert werden muß, so sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Kollegen durch unseren Verband bedeutend erhoben worden. An Stelle der elf- und zwölfstündigen Arbeitszeit besteht heute an den meisten Orten die zehnstündige. Die Löhne sind zum Teil um 50 Prozent gestiegen. Gerade im Münsterlande haben wir den Beweis erbracht, daß dort, wo unser Verband allein in Frage kommt, die wirtschaftliche Hebung des Arbeiterstandes mehr gefördert wird, wie es die Sozialdemokraten in ihren Domänen bisher getan haben.

Auch im öffentlichen Leben haben wir uns mehr Achtung verschafft. Die christlichen Arbeiter bekleiden Sitze in den Stadt- und Gemeindevertretungen, fungieren an den Gerichten als Schöffen und Geschworene, usw. Hierbei stellen die christl. Bauhandwerker ihren Mann. Bei den Gewerbegerichts- und Krankentafelwahlen war schon seit 1903 der Sieg auf unserer Seite, und arbeiten diese Institute unter kundiger Leitung unserer Kollegen zum Nutzen der Arbeiter.

Es würde zu weit führen, hier alles zu schildern. Wohl hat die Kritik der letzten Jahre unseren Verband etwas zurückgeworfen. Wir können aber dennoch sagen, unsere Bewegung, besonders unser Verband, ist im Bezirke Münster ein achtunggebietender Faktor geworden. Mögen alle Kollegen so arbeiten, daß keine Macht uns diese Stellung rauben kann.

B. Zumbra.

**Bezirk Nürnberg.**

Die Wiege des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands stand im Bezirk Nürnberg, wie überhaupt in Bayern, in Würzburg. Das damalige Organ des Verbandes, der „Arbeiterklub“, schrieb in seiner Nr. 24 vom 22. Oktober 1899, nachdem die Gründung mitgeteilt worden war, u. a.:

„Wir wünschen der ersten Verwaltungsstelle des Verbandes in Bayern eine kräftige Entwicklung, auf daß diese zu weiteren Neugründungen führen möge.“

Mit Würzburg traf das vorerst nicht ein, die neue Verwaltungsstelle schickte bald wieder ein. Mangelnder gewerkschaftlicher Geist war die Ursache dazu. Am 27. Juli 1902 wurde die Zahlstelle für Nürnberg gegründet. Sie war aber nur ein Blümchen, das im verborgenen blühte, denn bis zum Herbst 1903 war der Dessenhaftigkeit noch nichts von der Gründung bekannt. Die Mitgliederzahl, welche bei der Gründung 25 Mann betrug, schmolz bis auf 13 Kollegen zusammen.

Am 14. August 1903 wurde die Verwaltungsstelle Nürnberg mit zehn Kollegen gegründet, welche trotz allem sozialdemokratischen Terrorismus am 1. Januar 1904 rund 52 Mitglieder zählte. Der eigentliche Samen für unsere Organisation wurde von Nürnberg aus in unserem Bezirke verbreitet. In Anbetracht der vielen Bauarbeiter vom Lande, welche in Nürnberg beschäftigt waren, beschloßen die Kollegen, unter diesen die Agitation aufzunehmen. Zu diesem Zwecke wurde eine Agitationskommission gebildet, welche Sonntags die Agitation auch außerhalb Nürnbergs betreiben sollte. Es wurden im Jahre 1904 folgende Zahlstellen gegründet: Burgberbach, Amberg und Weidenberg. Diese fünf Zahlstellen zählten am 1. Januar 1905 zusammen 198 Mitglieder. Im Jahre 1905 wurden gegründet die Zahlstellen: Hallstadt, Kitzingen, Erlangen, Groshornbrunn, Sulzfeld, Albertshofen und Mimpar. Der Bezirk Nürnberg zählte am 1. Januar 1906 12 Zahlstellen mit 452 Mitgliedern. Im Jahre 1906, wo der Zentralverband am 1. Juli einen Beamten für den Bezirk Nürnberg aufstellte, wurden folgende Zahlstellen gegründet: Stadtschwarzach, Gänterleben, Oberdürbach, Forchheim, Röhrelein, Kleinfurth, Weiden, Karlsruhe, Nürnberg, Wendelstein, Münding, Groshornbrunn, Stetten, Marloffstein, Giech, Würzburg, Bamberg, Wunsiedel, Neumarkt und Herrrieden. Der Bezirk zählte also am 1. Januar 1907 32 Zahlstellen mit 1033 Mitgliedern. Bei der Entwicklung unserer Bewegung war die Bekämpfung von seiten der Arbeitgeber eine minimale zu nennen, mit Ausnahme von Weiden und Amberg, wofür die Arbeitgeber vor den brutalsten Maßregelungen nicht zurücktraten. Die freien Gewerkschaften, welche schon bei der Gründung der Zahlstelle Nürnberg und das Abstreichen prophezeiten, ließen uns ihre so hoch gepriesene „Freiheit und Brüderlichkeit“ in vollem Maße zuteil werden. Die Verdrängung unserer Kollegen, sowie selbst körperliche Mißhandlungen mußten sich dieselben gefallen lassen, so daß wir in elf Fällen das Gericht in Anspruch nehmen mußten. Dieses war auch in manchen Fällen die Interessenslosigkeit vieler Bauarbeiter, welche ihre Schweißgroßen lieber in Alkohol umsetzen, als einer Organisation beizutreten, bilden vielfach die Schwierigkeiten in Vorwärtstommen unseres Verbandes. Welsch hat an dem langsamem Wachen unserer Organisation auch noch beigetragen, daß die christl. Gewerkschaftsbewegung in Bayern noch wenig und an manchen Orten noch gar nicht bekannt war. Als ein Hauptgrund kommt auch dabei in Betracht, daß von seiten aller christlichen Verbände zu wenig Augenmerk auf Bayern gerichtet wurde und so den sozialdemokratischen Verbänden das ganze Feld überlassen war.

Die Lohnbewegungen war der Bezirk beteiligt mit den Genossen in folgenden Orten: Nürnberg und Fürth im Jahre 1904 und 1906, in Bamberg und Erlangen 1906, in Dinkelsbühl 1906 und in Würzburg 1906. Meist hat unser Verband im Jahre 1906 in folgenden Orten eine Verbesserung erreicht: in Amberg, Weiden und Marloffstein. Letztere ohne Streit. Im ganzen wurden bis 1907 für 591 Kollegen eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde erreicht. Bei sozialen Wahlen waren wir beteiligt bei der Gemeindevahl in Amberg im Jahre 1905, wo ein Mitglied des christl. Holzarbeiterverbandes als erster Arbeiter in das Gemeindevollkammer gewählt wurde. Bei der Gewerbegerichts Wahl in Weiden im Jahre 1906 erhielten wir von sieben Beisitzern fünf Sitze. Ferner wurde in Amberg auf Antrag unserer Zahlstelle ein Baukontrolleur aufgestellt in der Person unseres Vorsitzenden Lorenz Guntl. Zur Schulung und besseren Ausbildung unserer Kollegen wurden vielfach von seiten der Ortsstelle gemeinsam mit den konfessi-

nellen Arbeitervereinen Unterrichtskurse gegülndet, so in Nürnberg, Fürth, Würzburg, Bamberg, Amberg, Weiden, Forchheim, Marktredwitz, Erlangen und Wunsiedel.

Die dem Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands angeschlossenen Steinarbeiter wurden durch Beschluß vom 1. Januar 1909 ab dem christlichen Keram- und Steinarbeiterverband zugelassen. Dadurch wurde unsere Mitgliederzahl etwas zurückgedrängt. Möge nun die kommende Zeit unsere Kollegen auf dem Plan finden, um allen Widerständen zum Trotz den Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter im Bezirk Nürnberg vorwärtszubringen.

Nikolaus Sommer.

**Bezirk Oberschlesien.**

Von der Überzeugung durchdrungen, daß nur eine Organisation, die über das ganze Reich verbreitet ist, die Interessen der Arbeiterkraft wirksam vertreten kann, wurde auch hier im Bezirk, bald nachdem der Verband gegründet war, mit der Agitation begonnen. Im Jahre 1901 wurde in Dt.-Rasselwitz und 1902 in Oberglogau die ersten Zahlstellen unseres Verbandes gegründet. Die Agitation, die zuerst von Berlin, dann von Posen aus geleitet wurde, konnte selbstverständlich nicht so betrieben werden, wie es der Bezirk verlangte. Im Westen Deutschlands war der Boden vorbereitet durch Bestrebungen verschiedener Art, während hier im ober-schlesischen Industriegebiet die notwendige Aufklärungsarbeit gefehlt hat. Daß außerdem jeder jungen Organisation die Mittel fehlen, in Gebieten, wo die Verhältnisse außerordentlich schwierig liegen, freigestellte Kräfte zu stellen, leuchtet ohne weiteres ein. Doch soll nicht verkannt werden, daß auch hier im Bezirk einige Kollegen vorhanden waren, die von dem besten Willen geleitet und bestrebt waren, an der Ausbreitung des Verbandes zu arbeiten, was gewiß Anerkennung verdient. Nachdem dann 1905 die größeren Kämpfe, in die der Verband verwickelt war, erfolgreich beendet waren, konnte die Zentralleitung dazu übergehen, in Rattowitz ein Sekretariat einzurichten. Nun konnte die Agitation entschiedener betreiben und den schwierigen Verhältnissen Rechnung getragen werden.

Vorgänge aus der Agitation hier zu schildern, die so recht deutlich unsere Zustände beleuchten, ist bei dieser Gelegenheit nicht möglich. An Segnern hat es wirklich nicht gemangelt und fehlt es auch heute nicht, die aber alle nicht verhindern konnten, daß sich der Verband mehr und mehr entwickelte. Wir waren auch hier in Oberschlesien ernstlich bestrebt, uns Bewegungsfreiheit zu schaffen und der Organisation ein solches Ansehen zu erringen, wie es für die Bestrebungen des Verbandes erforderlich ist. Daß dabei heiß gestritten werden muß, weiß jeder, der die Bewegung hier beobachtet hat.

Andererseits sind die Erfolge in allen Orten, wo die Kollegen für die Organisation zu gewinnen waren, nicht auszubleiben. Gerade in den letzten Jahren sind bedeutende Lohnerhöhungen erreicht worden. Daß gerade bei Lohnbewegungen im hiesigen Bezirk die katholischen Fachabteilungen „Eich Berlin“ als ausgeprochene Streikbrecherorganisationen betrachtet werden müssen, hat die diesjährige Aussperrung im Baugewerbe zur Genüge gezeigt.

Gewiß, viele Arbeit ist noch zu leisten und heiße Kämpfe werden noch geführt werden müssen, doch die Bewegung ist heute so gestarkt, daß die Segner von rechts und links mit ihr ernstlich rechnen müssen. Auch in Oberschlesien ist durch den Druck der Verhältnisse der Arbeiterchaft des Baugewerbes zum Bewußtsein gekommen, daß nur durch die Organisation Lohn- und Arbeitsverhältnisse gebessert werden können. Nachdem das erste Jahrzehnt seit der Gründung unseres Verbandes verstrichen und ansehnliche Erfolge zu verzeichnen sind, wollen wir mutig an die Arbeit gehen, denn die Schwierigkeiten müssen überwunden werden. Jedes Mitglied stelle seinen Mann, dann wird auch das nächste Jahrzehnt von erfolgreicher Arbeit gekrönt werden! Franz Ehrhardt.

**Bezirk Paderborn.**

Der Bezirk Paderborn wurde eingerichtet am 1. Juli 1907. Er umfaßt meist ländliches Gebiet. Die Entwicklung der Organisation ist hier allmählich vorangeschritten. Die ersten Versuche zur Gründung von Zahlstellen wurden unternommen vom rheinisch-westfälischen Industriegebiet aus. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sind eine große Anzahl Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter beschäftigt, welche ihre Heimat in den Kreisen Paderborn, Höxter, Warburg, Büren, Brilon und im Fürstentum Bippe-Deimold haben. Diese Kollegen nun für die Organisation zu gewinnen, war das Bestreben der im Industriegebiet tätigen Vorstandsmitglieder. Es seien hier die Namen der Kollegen angeführt: Josef von Eßlin, Bucharz, Weihenhagen von Dortmund, Anton Schmidt und Anton Meise von Bochum, Falkenstein-Sippstadt usw. Die Bemühungen hatten den Erfolg, daß die Kollegen, welche nach dem Industriegebiet zur Arbeit gingen, sich zahlreich organisierten. In den Heimatorten ging es selbst langsam voran. Die Hauptentwärtung fällt in die Jahre 1905, 1906 und 1907. Zur besseren Übersicht seien die einzelnen Jahre von vornherein angeführt.

Es wurden gegründet 1902: Albergen, Ggde, Paderborn (Maurer und Arch.) und Paderborn (Zimmerer); 1903: Sippstadt (M. u. A.) und Lage in Bippe; 1904: Brilon, Callenhard und Brakel, Kr. Höxter; 1905: Paderborn (Stuttarder), Stalle, Sippstadt, Beckum (Zimmerer), Beckum (M. u. A.), Wiesdenbrück, Beverungen, Sippstraße, Berl. Bippstraße, Gese, Bielefeld, Jöllenbeck, Berther und Gese; 1906: Marsberg, Sippstadt (Zimmerer), Horn i. W., Gerstede, Gütersloh, Warburg, Dahrenthal, Sippstadt (Stutt.), Urvöchte (Steinab.), Kheba, Althfen (Steinab.), Velde, Deimold, Steinheim; 1907: Westereiden (Steinab.), Steinhagen, Scherfede, Friedrichshorst, Höxter, Hülken, Dillendorf, Dillenburg.

Dickberg, Enniger; 1909: Amelungen und Salzfalten.

Im Jahre 1907 wurde die Zentralisation der Zahlstellen vorgenommen, soweit das eben möglich war. Die Steinarbeiter sind am 1. Januar 1909 ausgeschieden und dem christlichen Keram- und Steinarbeiterverband überwiefen worden. Gegenwärtig umfaßt der Bezirk 37 Verwaltungsstellen mit 1800 Mitgliedern. Die Konjunktur ist auf dem flachen Lande augenblicklich sehr flau.

Die Löhne für Gesellen standen vor einigen Jahren im ganzen Bezirk zwischen 30 bis 40 Pfg. pro Stunde, die Arbeitszeit war eine 11stündige und noch länger. Gegenwärtig bewegen sich die Löhne im allgemeinen von 40 bis 60 und 65 Pfg. pro Stunde. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden pro Tag, ausgenommen sind 3 Orte, wo noch 10 1/2 Stunden gearbeitet wird. Der Lohn für Bauhilfsarbeiter steht 5-10 Pfg. hinter dem Gesellenlohn zurück. Im tariflichen Verhältnis stehen zurzeit 26 Orte. Der Ablauf der Verträge ist fast sämtlich am 31. März 1910. Es wurden seit 1902 zur Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen folgende Kämpfe geführt. 1903: Paderborn, Bimmererstreik, 4 Wochen; 1904: Lage in Lippe, Aussperrung, 2 Wochen; 1905: Lippstadt, Streik der M. und Arb., 16 Wochen; Paderborn (M. und A.), Streik, 4 Wochen; Brilon (M.), Streik, 11 Wochen; Bral, Fr. Hörter, Streik, 3 1/2 Wochen; 1906: Bedum (M. und A.), Streik, 25 Wochen; Lage in Lippe, Streik, 1 Tag; Detmold, Streik, 6 Wochen; 1907: Warburg, Streik, 8 Wochen; Nördliche (Steinarb.), Aussperrung 1906 und 1907, 7 Wochen; Westereiden (Steinarbeiter), Streik, 10 Tage; Mithen (Steinarb.), Streik, 17 Tage; Hüllenbeck, Streik, 14 Tage; Werther (Zimmerer), Streik, 4 Tage; Brilon, Sperre über Sieberz und Hilberand, 11 Tage; 1908: Lippspringe, Streik wegen Tarifbruch der Unternehmer, 8 Tage; 1909: Werl (Zimmerer), Sperre über Bogelsang wegen Tarifbruch, 3 Wochen; Gittelshof (M. u. A.), Aussperrung, 4 Wochen; Wiedenbrunn, Streik, 1 1/2 Wochen; Bral, Stahl- und Holzbinden stehen seit Pfingsten im Kampf.

Arbeitgeberverbände kommen drei in Betracht, nämlich der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten, der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe im Fürstentum Lippe und der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe im Herzogtum Braunschweig.

Das tarifliche Verhältnis ist im allgemeinen geeignet, eine bessere Verständigung mit den Arbeitgebern herbeizuführen. Es ist daher Aufgabe aller Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter, durch Beitritt zur Organisation den Tarifgedanken zu stärken.

Im Bezirk Paderborn gibt es noch eine Anzahl Kollegen, welche gewonnen werden müssen.

Der Wert der Organisation ist in obigen Sätzen angegeben und die Kollegen in den ländlichen Orten müssen besonders darauf hingewiesen werden. Seit Einführung unserer Organisation im hiesigen Bezirk sind viele Vorteile erreicht worden, darum ist es Aufgabe aller christlich denkenden Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter, für die weitere Ausbreitung des Verbandes zu sorgen. Da in diesem Jahre das 10jährige Bestehen des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands gefeiert wird, so wollen wir eingedenk sein, daß auch die Kollegen des Bezirks Paderborn ihren Teil dazu beigetragen haben, das Ansehen und die Macht des Verbandes zu heben. Zudem wir einen Rückblick werfen auf das Erreichte, können wir sagen, die Organisationsarbeit hat reiche Früchte getragen, aber es darf keiner glauben, daß nun Ruhe über allen Gipfeln ist. Es harren unserer noch große Aufgaben und diese wollen wir im zweiten Jahrzehnt des Verbandes erfüllen. Darum frisch auf zur Agitation für unseren christlichen Verband. F. Werner.



Bezirke Posen.

Nachdem der christliche Gewerkschaftsverband in Berlin Fuß faßte und im Februar 1888 zur Gründung eines Vereins Arbeiterzahn führte, folgte auch bald der Osten unseres Vaterlandes.

Die Mehrzahl der Mitglieder stammten aus den östlichen Provinzen, besonders aus Schlesien, Posen und Westpreußen. Es lag daher in der Natur der Sache, daß die Ausbreitung unseres Verbandes zunächst nach jenen Provinzen erfolgte. Die Kollegen kamen des öfteren in ihre Heimat und trugen den Gedanken unserer Organisation auch dort hin. Es wurden Versammlungen in jenen Orten abgehalten und konnte am 2. Februar 1889 in Posen, Provinz Posen, die erste - und am 9. Juli desselben Jahres in Kreuzelle die zweite Zahlstelle des Vereins Arbeiterzahn gegründet werden, denen fast ausschließlich nur Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter beitraten. Diesen Gründungen folgte noch in demselben Jahre Schwerin a. d. W., und Weignagien 1889 Breslau und Kleinitz in Schlesien.

Als mit dem 1. September 1889 wir als selbständiger Verband ins Leben traten, hieß es, mehr zu leisten, als unter den schützenden Flügeln des Vereins Arbeiterzahn. Jetzt mußte die Agitation in ganz Deutschland von den beiden freigestellten Kollegen Wiebeberg und Hase aufgenommen werden. Erprobend wurde der Osten nicht vernachlässigt. Der Hauptvorstand stellte sich auf den Standpunkt, auch die Gebiete von Anfang an zu bearbeiten, wo vor der Hand noch keine großen Erfolge zu erwarten waren. So wurden im Jahre 1900 gegründet die Verwaltungen Danzig, Oliva, Boppo, Siles, Meseritz, Posen, Langenellen, Culm (Wehr), Allenstein i. Ostpr., Grotzsch und Weize. Culm ging bald wieder ein, durch die Unerschlossenheit der Kollegen und deren zünftliche Aufbaumanner.

In Schwerin a. d. W. hatte der Verband die erste Aussperrung zu bestehen. Manchen Herren paßte es nicht, daß sich die Arbeiter christlich organisierten. Sie beschränkten, andere bestehende Vereine darunter leiden, man redete daher den Arbeitern ein, die Kollegen anzusperrten, wenn dieselben nicht aus dem Gewerbe austreten.

Es geschah dieses, denn auch und zwar mitten im Winter. Die Unternehmer machten aber ihre Rechnung ohne unsere Kollegen, denn diese stellten dann Lohnforderungen und Verkürzung der Arbeitszeit. Nach einem sechswohigen Kampf war die erste Aussperrung siegreich mit einem Vertragsabschluß beendet. Dieses war der erste Vertrag, der durch unseren Verband geschlossen wurde.

In Biele und Meseritz wurde durch eine zweiseitige Arbeitsvereinbarung, ebenfalls durch Vertragsabschluß, Verbesserungen an Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht.

Der Kollege Hase, welcher seit 1900 an der Zentralstelle freigestellt war, wurde als Bezirksleiter für den „Siles“ (die Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen und Schleien) mit dem Sitz in Posen gewählt. Dadurch wurde es möglich, die Agitation intensiver zu betreiben.

Ende des Jahres 1904 zählten wir in Ost- und Westpreußen 10 Verwaltungsstellen mit 872 Mitgliedern. Im Frühjahr 1906 wurde der Bezirk geteilt und der Kollege W. Koch mit dem Sitz in Danzig angestellt.

Die Mitgliederzahl stieg in Niederschlesien bis Ende 1904 auf 388 Mitglieder in 16 Verwaltungsstellen. Im Herbst 1905 wurde Oberschlesien selbst ein Bezirk, und ist der Kollege Erhardt nach Kattowitz versetzt worden.

Im heutigen Bezirk Posen zählten wir Ende 1908 in 14 Verwaltungsstellen 686, am Ende 1904 in 16 Verwaltungsstellen 1085 Mitglieder. In dem dem Bezirk Posen verbliebenen Teil von der Provinz Schleien stieg die Mitgliederzahl bis Ende 1906 auf 629 in 14 Verwaltungsstellen.

Zum Schluß können wir sagen, die Arbeit im Osten war schwer und hat dem Verbands ungeheure Opfer gekostet, aber der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Möchten aber auch die Kollegen im Osten Deutschlands immer mehr dieses erkennen und ihr Verhältnis zum Verbands immer mehr festigen und alle noch fernstehende Kollegen demselben zuführen. F. Hase.



Bezirke Saarbrücken.

Die Wiege des Bezirks Saarbrücken stand in Pirma sen s. Hier wurde am 15. Juli 1901 zuerst eine Zahlstelle mit 9 Mitgliedern durch den Kollegen Brendel gegründet. Durch eine öffentliche Versammlung am 9. April 1902, in welcher unser jetziger Redakteur Kollege Beder referierte, kam dann Leben auch unter die Unorganisierten. Die Zahl der Mitglieder steigerte sich bis auf 50. Infolge der Maßregelung des Steinbauers Brendel, der gezwungen war, seine Heimat zu verlassen, ging die Mitgliederzahl bis auf 16 zurück. Im nächsten Frühjahr wurde dann von neuem die Agitation aufgenommen. Der Erfolg war, daß schon nach kurzer Zeit wieder 70 Mitglieder vorhanden waren. Der Steinbrecher Burkhart, welcher Brendel von Anfang an stets tatkräftig unterstützt hatte, wurde nun ebenfalls maßregelt und mußte als Hausknecht arbeiten. Diese Maßregelung wirkte derartig, daß von den 70 Mitgliedern 61 austraten und nur noch 9 übrig blieben. Trotz dieser Gewaltstreich der Unternehmer ließen sich die Kollegen nicht entmutigen. Als im Mai 1904 die Mitgliederzahl wieder auf 200 gestiegen war, wurde eine Lohnforderung für die Steinbrecher gestellt, da damals noch Löhne von 28-32 Pfennig pro Stunde gezahlt wurden. Am 18. Juni 1904 kam es zum Streik, der bis 7. Juli 1904 dauerte und mit einem schönen Erfolge endete. Der erste Vertrag im Bezirk kam zustande. Der Lohn stieg auf 40 Pf. pro Stunde. Dieser gute Ausgang der Lohnbewegung hatte zur Folge, daß auch die anderen baugewerblichen Arbeiter der Pfalz sich mehr als bisher für die gewerkschaftliche Organisation und besonders für den Zentralverband christlicher Bauhandwerker interessierten. Seitens der „Genossen“ blätter waren wir stets als „Streikbrecherverband“, „Plassenverein“ und dergleichen bezeichnet worden. Jetzt mußten die sozialdemokratischen organisierten Arbeiter sehen, wie die „Unternehmerlieblinge“, so wurden ständig die christlichen Arbeiter genannt, nicht nur Lohnforderungen stellen konnten, sondern es auch fertig gebracht hatten, dieselben bei den Unternehmern zur Anerkennung zu bringen. Durch die Lohnbewegung war der Name unserer Organisation mehr bekannt geworden. Aus allen Gegenden der Pfalz kamen Anfragen zwecks Abhaltung von Versammlungen, oder es wurde um Zusendung von Verbandsmaterial ersucht.

Die Gründung einer zweiten Zahlstelle erfolgte in Arzheim bei Landau zu Anfang des Jahres 1905. In demselben Jahre wurde dann auch in Landau eingeseht und gleichfalls eine Lohnforderung gestellt. Da die Unternehmer jede Verhandlungen ablehnten, kam es zum Streik, der gemeinsam mit der sozialdemokratischen Organisation geführt wurde und nach dreiwöchiger Dauer durch einen Tarifvertrag seinen Abschluß fand.

In Germerzheim hatte sich inzwischen auch eine Zahlstelle unseres Verbandes gebildet. Am 23. März 1906 kam hier ebenfalls ein Tarifvertrag zustande.

Durch das starke Anwachsen unseres Verbandes in Landau und Umgebung ließen sich einzelne „freie“ Organisierte zu Gewalttätigkeiten hinreißen. Der Genosse Klein griff zum Messer und brachte unsern Kollegen Magedinger eine lebensgefährliche Verletzung bei, die ihn längere Zeit arbeitsunfähig machte. Klein wurde dafür vom Landgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Im Jahre 1906 wurde die Verwaltungsstelle Landau dem Bezirk Karlsruhe zugeteilt.

In Kaiserslautern hatten im Jahre 1905 die Kollegen Baque und Penhart die Einführung unseres Verbandes in die Wege geleitet, und zwar mit gutem Erfolg. Auch hier versuchten die Genossen, die Ausbreitung der Bewegung zu hemmen, was ihnen jedoch nicht gelang. Die christliche Gewerkschaftsidee fand auch besonderen Anklang in der Umgebung von Kaiserslautern. Noch im Gründungsjahre 1904 wurden für die Kollegen in Kaiserslautern Forderungen gestellt und im Frühjahr 1905 ein Tarif abgeschlossen.

Ende 1904 waren in 10 Zahlstellen 400 christliche Gewerkschaftler vorhanden.

In Contwig waren es die Kollegen Schieler und Freyler, die nach Gründung der Ortsgruppe im Jahre 1906 hauptsächlich unsere Bewegung förderten. Da viele Mitglieder in der alten Herzogstadt Zweibrücken arbeiteten, der Lohn dort aber noch sehr niedrig war, wurde auch hier eine Forderung eingereicht. Die Bewegung endete 1906 mit dem Abschluß eines Vertrages und einer nicht unbedeutenden Lohnerhöhung.

Mit außergewöhnlichen Schwierigkeiten war die Einführung des Verbandes im „Königreich Stumm“ verbunden. Die erste Versammlung sollte in Neulirgen am 11. Mai 1904 stattfinden. Durch Hilfe der Polizei brachten es die Unternehmer fertig, daß der Saal abgetrieben wurde. Die Kollegen Beder und Brendel fanden aber ein anderes Lokal, in dem die Versammlung abgehalten werden konnte. 33 Kollegen traten der Organisation bei. In den Stummschen Werken wurden durch Vorschlag die Lokale bekanntgegeben, in denen die „Sozialdemokraten“ verkehrten. Auf diese Weise brachte man es fertig, daß nicht weniger wie 14 Wirte, die ein Versammlungslokal zugesagt hatten, wieder absagen mußten, um dem Druck der Hütte oder Polizei zu entgehen.

Bemerkenswert ist, daß ein Unternehmer Hoffmann die Maurer von dem Besuch einer Versammlung mit den Worten abzuhalten versuchte:

„Heute Abend ist Versammlung für die Lumpen.“ Trotz Anwendung der schädigsten Mittel stieg die Mitgliederzahl schon nach kurzer Zeit auf 150. Nun wurde an die Unternehmer eine Forderung eingereicht. Als diese unbeantwortet blieb, erfolgte bei dem Unternehmer Gleite die Niederlegung der Arbeit. Bezeichnend war, daß der jetzige Fachabteilungsleiter Kölsch, Saargemünd, nicht nur selbst zum Verräter an seinem Stande wurde, sondern auch noch als Arbeitswilligenagent mit teilweisem Erfolge tätig war.

Der Kampf ging nach fünfwöchiger Dauer verloren und kurze Zeit nachher konnte auch die Zahlstelle dem saarabischen Druck nicht widerstehen und ging ein.

In Saarbrücken und Umgegend wurde unser Verband im Jahre 1905 eingeführt, als der damalige Bezirksleiter Brendel seinen Sitz hier erhielt. Nach kurzer Zeit hatten sich 20 Kollegen der Organisation angeschlossen. Wie überall, setzte auch hier sofort der Terrorismus der „Genossen“ ein. Beschimpfungen und Drohungen waren an der Tagesordnung. Mit gezücktem Messer ging man auf die verhassten Christlichen los. Durch diese Beweise der „Brüderlichkeit“ brachte man es fertig, daß etliche Mitglieder aus Furcht dem sozialdemokratischen Verbands beitraten, während andere wieder ihren Austritt aus der Organisation erklärten. Trotz dieser Gewalttätigkeiten waren am Jahreschluß 42 neue Mitglieder vorhanden. Im Jahre 1907 war die Mitgliederzahl auf 319 gestiegen, darunter waren 132 Uebertritte zu verzeichnen.

In St. Ingbert und Wörlingen gelang es ebenfalls eine Anzahl Mitglieder zu gewinnen. Der günstige Ausgang des Streiks in Saarbrücken und St. Ingbert 1906 brachte es mit sich, daß auch in den Orten Schiffweiler, Landsweiler, Wemmetweiler und Heiligenwald Fuß gefaßt werden konnte. Die Kollegen in diesen Orten erhielten nach zweiseitigem Streik einen Vertrag mit dem Unternehmer Witt. Schöne Erfolge sind durch die Organisation in Trier erreicht worden. Die Gründung der Ortsgruppe erfolgte 1906, nachdem die früher bestandene Zahlstelle wieder eingegangen war. Das Verdienst, an der Ausbreitung der Organisation in herbortragender Weise mitgewirkt zu haben, gebührt unstreitig dem Kollegen Stahl.

Die Zahl der organisierten Kollegen in Trier, welche im ersten Quartal 1907 138 betrug, steigerte sich bis zum Jahreschluß auf annähernd 400. Für Maurer, Stukkature und Dachdecker kamen Tarifverträge zustande, die bedeutende Lohnerhöhungen brachten.

Trier ist der einzige Ort im Bezirk, wo es der Berliner Fachabteilungsabteilung gelungen ist, einige Mitglieder unter den Bauarbeitern zu gewinnen. Die Kampfesweise der „Berliner“ uns gegenüber bestand in Lokalabtreibungen und Ausschluß der christlichen Gewerkschaftler aus dem katholischen Arbeiterverein. Eine besonders klägliche Rolle spielten die Fachabteilungen bei der Lohnbewegung der Maurer im Jahre 1907, wo sie versuchten, sich den Unternehmern als billigere Arbeitskräfte anzubieten.

Im Frühjahr 1908 löste sich der hauptsächlich im Kreis Saarlouis bestehende „Lokalverband der Gipsler im Saarreiver“ auf und schloß sich am 4. März 1908 unserem Verbands an. Am 1. Januar 1908 schieden die Steinarbeiter aus unserem Verbands aus infolge Anschlusses an den Keramarbeiterverband. Die Mitgliederzahl sank infolgedessen bedeutend.

Am Schluß des zweiten Quartals betrug die Mitgliederzahl 1093, die sich auf 38 Zahlstellen verteilen. In 89 Orten im Bezirk ist unser Verband jetzt vertreten. Ein besonders reger gewerkschaftlicher Geist macht sich unter den Kollegen in der Pfalz bemerkbar. Dasselbe trifft auch auf einen Teil der in den Kreisen Merzig und Saarlouis, sowie in Pöhringen wohnenden Mitglieder zu. Die Zeiten, wo man uns die Lokale abtrieb, unsere Bewegung als sozialdemokratisch bezeichnete, scheinen endgültig vorbei zu sein.

Auch die „freien“ Gewerkschaften sind zu der Ansicht gekommen, daß der Terrorismus gegen uns nicht schädigend, sondern der Bewegung förderlich war.

Allgemein hat sich in der Arbeiterschaft die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß erst seit der Zeit, wo der Zentralverband christlicher Bauhandwerker im hiesigen Gebiet eingeseht hat, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gebessert worden sind.

Deshalb auf zu weiteren Erfolgen für die Zukunft! Ernst Beltum.

